

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ursula Feist
Dieter Fröhlich
Hubert Krieger

Die politischen Einstellungen
von Arbeitslosen

Ulrich Brasche
Strukturwandel am Arbeitsmarkt

Horst Kern
Michael Schumann

Industriearbeit im Umbruch

ISSN 0479-611 X

B 45/84

10. November 1984

Dieter Fröhlich, Dr. rer. pol., geb. 1935; Privatdozent an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und wiss. Angestellter im ISO-Institut, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern, Meisenheim 1970; Arbeitserfahrung und Bildungsverhalten, Frankfurt — New York; The Use of Time During Unemployment, Assen 1983.

Hubert Krieger, Dr. rer. pol., geb. 1951; Mitarbeiter der Abteilung Wahlforschung bei infas; vorher sechs Jahre tätig im Bereich der Arbeitsmarktforschung, darunter zwei Jahre am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Veröffentlichungen u. a.: Arbeitslosigkeit, Schulbuch für die Sekundarstufe II, Düsseldorf 1981; Das Arbeitsmarktverhalten von Arbeitslosen, Köln 1982.

Ursula Feist, Diplom-Psychologin, Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas.

Veröffentlichungen: Analysen zu verschiedenen Bundestags- und Landtagswahlen, zum Wandel des Parteiensystems, zu Parteimitgliedern und Parteieliten, zum Einfluß des Fernsehens auf das Wahlverhalten in Konkurrenz mit der interpersonalen Kommunikation.

Ulrich Brasche, Dipl.-Volkswirt, geb. 1951; seit 1976 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin); Arbeitsschwerpunkte: Prognosen des Arbeitskräftebedarfs, Berufsbildung, Ausländerbeschäftigung.

Veröffentlichungen u. a.: Integrationspolitik vor neuer Herausforderung, in: Wochenberichte des DIW, 47 (1980) 30; (zus. mit W. Jeschek), Facharbeiter und Fachkräftebedarf in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Projektion, Berlin 1981; Wandel von Berufsstruktur und Arbeitsmarktpositionen, in: Wochenberichte des DIW, 49 (1982) 16; (zus. mit S. Schultz), Ausländer und Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wochenberichte des DIW, 49 (1982) 37; (zus. mit C. F. Büchtemann/W. Jeschek/W. Müller), Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem. Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung, Berlin 1983.

Horst Kern, geb. 1940, Dr. disc. pol., Professor für Soziologie an der Universität Göttingen. Arbeitsschwerpunkte: Industriosozologie, Geschichte der empirischen Sozialforschung.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. m. M. Schumann) Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt/M. 1970 (Studienausgabe 1977); Der soziale Prozeß bei technischen Umstellungen (mit M. Schumann), Frankfurt/M. 1972; (zus. m. M. Baethge u. a.) Produktion und Qualifikation, Frankfurt/M. 1974; Kampf um Arbeitsbedingungen, Frankfurt/M. 1979; Empirische Sozialforschung: Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien, München 1982.

Michael Schumann, Dr. disc. pol., geb. 1937; Direktor am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen e.V. (SOFI); Professor für Soziologie an den Universitäten Bremen und Göttingen. Arbeitsschwerpunkt: Industriosozologie.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. m. H. Kern) Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt 1970 (Studienausgabe 1977); (zus. m. M. Baethge u. a.) Produktion und Qualifikation, Frankfurt/M. 1974; (zus. m. M. Baethge u. a.) Sozialpolitik und Arbeiterinteresse, Frankfurt/M. 1976; (zus. m. E. Einemann u. a.) Rationalisierung, Krise, Arbeiter, Frankfurt/M. 1982.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen

Zwischen Protest und Resignation

I. Problemstellung

Der Zusammenbruch der Weimarer Republik vor einem halben Jahrhundert hatte mehrere Ursachen. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, daß der wichtigste Auslöser für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und für das atemberaubende Erstarken des Nationalsozialismus auf die sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise zurückgeführt werden kann: sinkender Lebensstandard, fehlende Zukunftsperspektiven und vor allem Massenarbeitslosigkeit.

Daß in Deutschland ökonomische Krisen schnell als ein Versagen des politischen Systems interpretiert werden und auch heute noch eine Anti-Systemhaltung hervorrufen, schien sich in der ersten, vergleichsweise milden Rezession der Bundesrepublik Mitte der sechziger Jahre zu bestätigen: Nach jahrelanger Überbeschäftigung mit Arbeitslosenquoten um 0,7% wies die Statistik im Jahre 1967 plötzlich 2,1% Arbeitslose auf. In genau diese Jahre fällt auch das Erscheinen der rechtsradikalen NPD auf der politischen Bühne der Bundesrepublik: Sie war kurzfristig in mehreren Landtagen vertreten und verfehlte 1969 mit einem Stimmenanteil von 4,3% nur knapp den Einzug in den Bundestag. Die historische deutsche Erfahrung über den Zusammenhang von Wirtschaftskrisen und rechtsradikaler politischer Entwicklung schien sich zu bestätigen und ließ für die politische Entwicklung der Bundesrepublik im Falle einer wirklich schweren Wirtschaftskrise nichts Gutes ahnen¹⁾.

Seit 1980 hat sich die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik ständig verschlechtert, was an der Arbeitslosenquote, die in diesem Zeitraum von 3,8% fast kontinuierlich auf über 9% stieg, sichtbar ist. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt heute deutlich über 2 Millionen; die stille Reserve wird auf weit über 1 Million veranschlagt — eine zu-

rückhaltende Schätzung. Alle mittelfristigen Prognosen zur künftigen Beschäftigungssituation gehen von einem gleichbleibend hohen Niveau der Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre aus. Unterdessen verschärft sich die materielle Situation der Arbeitslosen: Immer mehr Arbeitslose wandern aus der Arbeitslosenhilfe ab und werden zu Sozialhilfempfängern²⁾.

Die zu befürchtenden Rückwirkungen der hohen Arbeitslosigkeit auf der politischen Ebene sind bisher jedoch ausgeblieben: Im rechten politischen Spektrum hat sich — entgegen den historischen Erfahrungen — bisher keine neue Partei etablieren können. Am linken Rand ist die DKP, die die klassischen Konfliktlinien zwischen Arbeit und Kapital thematisiert, zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Allein die GRÜNEN sind dabei, das Parteiengefüge der Bundesrepublik zu verändern. Ihr zentrales politisches Angebot — Ökologie und Abrüstung — eignet sich auf den ersten Blick aber nicht als Kristallisationspunkt des politischen Protests materiell verunsicherter und bedrängter Bevölkerungsteile.

Dennoch, eine glatte politische Oberfläche kann trügen; unter dieser Oberfläche können sich Bewegungen vorbereiten und neue Kräfte formieren, die später durchbrechen. Es gibt auch eine Ruhe vor dem Sturm. Und schließlich ist eine weitere Situation denkbar: Ökonomisch verunsicherte Staatsbürger und materiell stark Bedrängte wie die Arbeitslosen halten ihre politischen Präferenzen unverändert bei oder schieben sie innerhalb des etablierten Parteiensystems um — oder resignieren, wenigstens vorerst.

Unsere Untersuchung der politischen Einstellung von Arbeitslosen versucht, den Einfluß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für bereits sichtbare Verschiebungen parteipoliti-

¹⁾ Der Zusammenhang zwischen NPD-Potential und wirtschaftlichen Erwartungen wurde z. B. von Klaus Liepelt, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift (1967) 2, herausgearbeitet.

²⁾ Darüber hinaus zeigt sich seit 1980 ein massives Entsparverhalten bei den Arbeitslosenhaushalten. 1983 gingen 12,3 Prozent der Ersparnisse von Arbeitslosen in ihr verfügbares Einkommen ein. Vgl., Gewerkschafter, (1984) 10, S. 43.

scher Kräfteverhältnisse, aber auch für latente und möglicherweise erst spätere politische Verwerfungen zu analysieren. Hierfür

stehen uns Befragungsdaten aus bundesweiten repräsentativen infas-Untersuchungen zwischen 1980 und 1984 zur Verfügung.

II. Das Analyseraster

Als Analyseraster verwenden wir zwei Dimensionen im Rahmen „konventioneller politischer Partizipation“. Es sind dies die Dimensionen: Aktivitätsniveau und „Art“ der präferierten Partei.

a) „Konventionelle politische Partizipation“ meint unter anderem politisches Engagement im Rahmen regelmäßiger Wahlen zu den verschiedenen Parlamenten. Die von uns erhobenen Parteipräferenzen sind zwar nicht mit tatsächlichen Wahlentscheidungen für die bevorzugten Parteien identisch; in der Praxis liegen nach aller Erfahrung jedoch Präferenz und tatsächliche Stimmabgabe für diese Partei nahe beieinander. Zum etablierten Wissensstand der Wahlforschung gehört ferner, daß Befragte ohne eine geäußerte Parteipräferenz eher den Nicht-Wählern zuzurechnen sind. Diese Erfahrungen erlauben es, konventionelles politisches Engagement in folgende Dimensionen aufzuteilen:

— aktiv, d. h. genannte Parteipräferenz und damit wahrscheinlicher Wähler einer Partei, sowie

— passiv, d. h. ohne Parteipräferenz und damit wahrscheinlicher Nicht-Wähler.

b) Parteien und ihre Politikangebote sind die Adressaten konventioneller politischer Partizipation. Hier muß unterschieden werden nach etablierten, systemkonformen Parteien und nicht-etablierten, möglicherweise systemkritischen Parteien.

Die Kombination beider Dimensionen führt nun zu folgender Typologie politischer Reaktionen auf ökonomische Krisen im Rahmen konventioneller politischer Partizipation.

Typ A entspricht der normalen Reaktion im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie: Krisenbetroffene Bürger wählen eine Partei des etablierten Parteienspektrums. Hier konkurrieren zwei Erklärungsansätze, die Antiregierungsthese und die Klientelthese, die beide in verschiedenen Zusammenhängen empirische Evidenz beanspruchen können und im Verlauf dieser Arbeit noch breitere Behandlung erfahren.

Bei Typ B bevorzugen Wähler im Prinzip eine etablierte Partei, finden sie aber letztlich nicht attraktiv und kompetent genug, um für sie zu stimmen. Hier deuten sich Verunsicherung und Resignation an³⁾. Zur Operationalisierung von Typ B müßten somit weitere Indikatoren herangezogen werden, die — obwohl keine Parteipräferenz genannt wird — auf die Nähe zu einer etablierten Partei schließen lassen. Dieser Frage soll im Rahmen der Untersuchung nicht weiter nachgegangen werden.

Typ C enthält den klassischen Fall massiven politischen Protests. Aktives politisches En-

³⁾ Ein Beispiel hierfür findet sich in der klassischen Arbeitslosenstudie von Marie Jahoda u. a., Die Arbeitslosen von Marienthal, Neuauf. Frankfurt 1975.

Abbildung 1:

Typologie politischer Reaktionen auf Arbeitslosigkeit

		Art der präferierten Partei	
		etabliert, systemintegriert	nicht etabliert systemkritisch
Politisches Engagement	aktiv	A) 1. Anti-Regierungsthese 2. Klientelthese	C) Anti-Systemthese — „offen“ —
	passiv	B) Verunsicherungs-, Resignationsthese	D) Anti-Systemthese — „latent“ —

gagement richtet sich auf nicht-etablierte und eventuell auch extremistische oder radikale Parteien, die Problemlösungen neuer und zum Teil grundsätzlicher Art anbieten, dabei den institutionalisierten Konfliktmechanismus im Prinzip ablehnen und das politische System insgesamt in Frage stellen. Die Nationalsozialisten der Weimarer Zeit, die NPD Ende der sechziger Jahre sowie alle orthodoxen kommunistischen Parteien lassen sich hier einordnen. Zu prüfen ist, inwieweit die Partei DIE GRÜNEN ganz oder in Teilen diesem Typ zuzuordnen wäre.

Im Typ D drückt sich gleichermaßen eine Protestaktion aus, bei der Wähler eine extreme Partei im Prinzip bevorzugen, ohne sie zu wählen. Dies kann Unentschlossenheit signalisieren, aber auch die Folge eines noch nicht existierenden Politikangebotes und eines noch fehlenden organisierten Kristallisationspunktes sein. Auf jeden Fall liegt hier ein latentes Protestpotential, das unter veränderten politischen Konstellationen aktiviert werden kann.

Zur Operationalisierung werden hierbei Indikatoren verwandt, die politische Nähe zu linken und rechten Randparteien vermuten lassen.

Im Rahmen dieser Typologie werden die politischen Einstellungen der deutschen Arbeitslosen unter den Fragestellungen analysiert:

1. Wie verteilen sich die parteipolitischen Präferenzen der Arbeitslosen auf etablierte Parteien einerseits und auf nicht-etablierte und eventuell systemkritische Parteien andererseits?
2. Sind — innerhalb des etablierten Parteienspektrums — die Parteipräferenzen der Arbeitslosen eher durch die Klientel- oder die Antiregierungsthese zu erklären?
3. Wie stark ist das Protestpotential unter den Arbeitslosen und welche Rolle spielt dabei die Partei DIE GRÜNEN als Kristallisationskern politischen Protests?
4. Läßt sich das Protestpotential der Nichtwähler heute schon bestimmen?

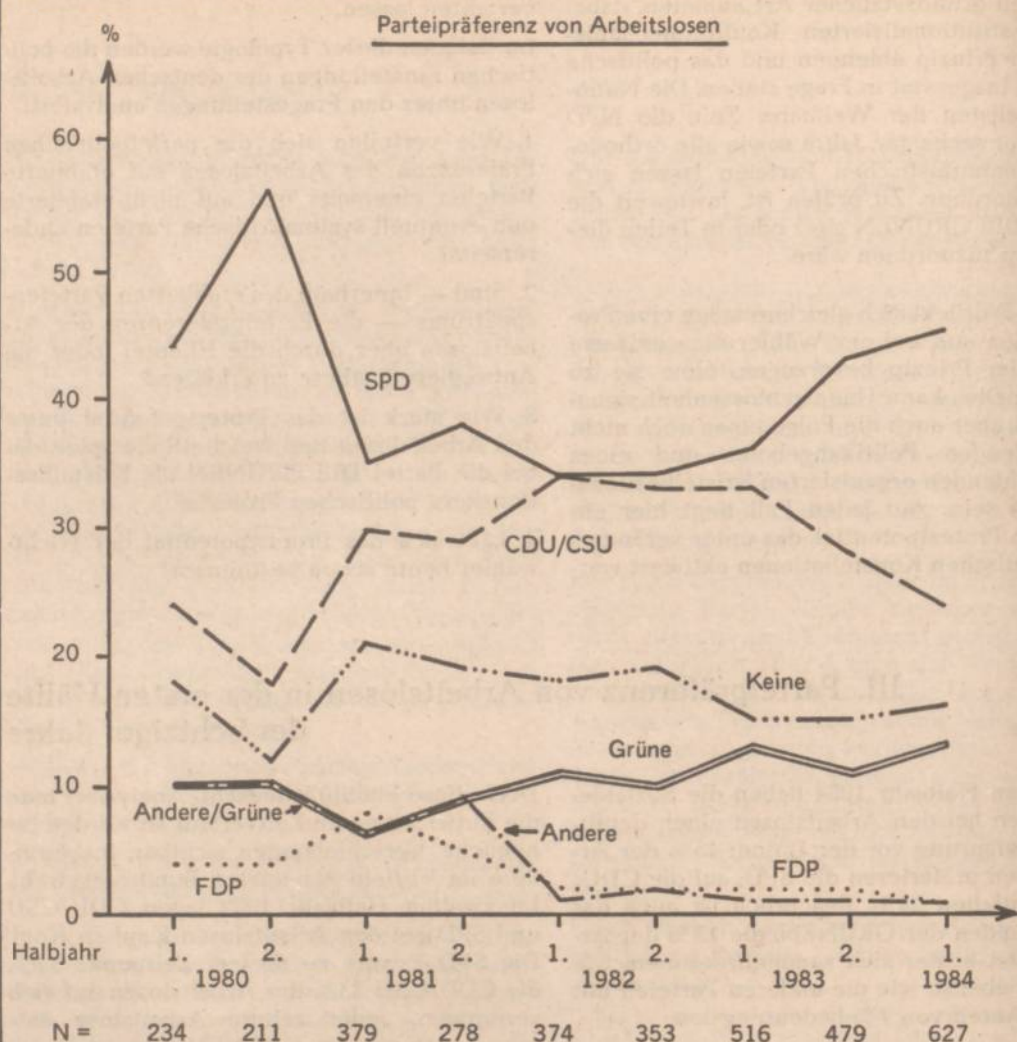
III. Parteipräferenz von Arbeitslosen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre

Im ersten Halbjahr 1984 haben die Sozialdemokraten bei den Arbeitslosen einen deutlichen Vorsprung vor der Union: 45 % der Arbeitslosen präferieren die SPD; auf die CDU/CSU entfallen 24 %. Beachtlich ist auch das Abschneiden der GRÜNEN, die 13 % der Arbeitslosen hinter sich sammeln können. Die FDP ist ebenso wie die anderen Parteien mit einem Anteil von 1 % bedeutungslos.

Damit ist die Verteilung der Parteipräferenzen von Arbeitslosen auf die einzelnen Parteien im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren im wesentlichen stabil geblieben. Im ersten Halbjahr 1980 erreichte die SPD einen Wähleranteil von 44 %. Die CDU/CSU lag mit 24 % bei den Arbeitslosen abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Die GRÜNEN und die anderen Parteien erreichten damals zusammen 10 %. Neben dem Zuwachs der GRÜNEN liegt der einzig gravierende Unterschied zur Situation im ersten Halbjahr 1984 im schlechteren Abschneiden der Liberalen, die 1980 noch 4 % der Arbeitslosen auf sich vereinigen konnten.

Doch diese Stabilität täuscht. Analysiert man die Entwicklung im Zeitverlauf, so werden erhebliche Verschiebungen sichtbar, insbesondere im Vorfeld der letzten Bundestagswahl. Im zweiten Halbjahr 1982 lagen CDU/CSU und SPD bei den Arbeitslosen Kopf an Kopf. Die SPD konnte zu diesem Zeitpunkt 34 %, die CDU/CSU 33 % der Arbeitslosen auf sich vereinigen. Jeder zehnte Arbeitslose entschied sich für die GRÜNEN und nur jeder fünfzigste für die FDP. Außerdem ist auffallend: Jeder fünfte Arbeitslose konnte Ende 1982 keiner Partei sein Vertrauen aussprechen.

Die Verluste der Sozialdemokraten innerhalb eines Teils ihrer Stammwählerschaft am Ende der sozial-liberalen Koalition deuten auf einen Abnutzungsprozeß der führenden Regierungspartei hin, gleichzeitig profitierte davon die CDU/CSU als größte Oppositionspartei, wie auch DIE GRÜNEN als nicht-etablierte Partei. Wie lassen sich diese Prozesse innerhalb des etablierten Parteiensystems bzw. zwischen dem etablierten und nicht-etablierten Teil des Parteiensystems erklären?



Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980 bis 1984, halbjährlich ca. 14.000 Fälle, Random-Auswahl

IV. Reaktionen der Arbeitslosen innerhalb des etablierten Parteiensystems

Der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und politischem Verhalten wird innerhalb der Politikforschung kontrovers diskutiert. Hierbei konkurrieren vor allem die „Anti-Regierungsthese“ und die „Klientelthese“. Ausgangspunkt beider Erklärungsmodelle ist die zunehmende Erwartungshaltung der Bürger gegenüber dem Staat und den Parteien.

1. Theoretische Ableitung: „Anti-Regierungs-“ versus „Klientelthese“

Auch wenn Arbeitslosigkeit primär das Ergebnis ökonomischer Prozesse ist, die wesentlich vom Verhalten privater Akteure bestimmt werden, so ist doch mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates eine zunehmende

direkte und indirekte Intervention staatlicher Stellen in den Wirtschaftsprozess zu beobachten. Der Keynesianismus begründete die direkte makroökonomische Steuerung, während der liberale Korporatismus eher indirekte Steuerungsmechanismen herausbildete.

Die Parteien haben in ihrer Selbstdarstellung diesen Prozeß verstärkt. In fast allen Bundestagswahlkämpfen der Nachkriegszeit haben ökonomische Themen eine wichtige Rolle gespielt. Hierbei präsentierten sich die Parteien als fast omnipotente Institutionen, die zur Lösung schwierigster ökonomischer Probleme in der Lage sind. Jüngstes Beispiel ist die Bundestagswahl 1983, wo unter anderem der „wirtschaftliche Aufschwung“ und Lehrstellen für alle Jugendlichen versprochen wurden.

Die Reaktion der Wähler auf diesen Prozeß manifestiert sich in einer zunehmenden Erwartungshaltung im Hinblick auf die Steuerungsfähigkeit des Staates im wirtschaftlichen Bereich. Es entsteht eine ökonomische „Output“-Orientierung, die einen reibungslosen wirtschaftlichen Ablauf als „selbstverständliche“ staatliche Leistung erwartet. Stellt sich das erwartete, weil versprochene Ergebnis nicht ein, so wird dem Staat unmittelbar die Schuld für diese ökonomische Fehlentwicklung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, zugewiesen.

Hierauf aufbauend diversifizieren sich die beiden Erklärungsansätze. Die „Anti-Regierungsthese“ vermutet eine Schuldzuweisung bei Arbeitslosigkeit gegenüber der jeweiligen nationalen Regierungspartei. Arbeitslosigkeit wird hiernach durch die Wähler als mangelnde Kompetenz der Regierung im Bereich der Beschäftigungspolitik interpretiert. Die Wähler reagieren *unmittelbar* mit Legitimationentzug. Die Regierungsparteien verlieren sowohl bei den individuell betroffenen Arbeitslosen als auch in der gesamten Wählerschaft an Unterstützung. Hiervon profitieren in der Regel die etablierten Oppositionsparteien auf nationaler Ebene.

Demgegenüber hat die „Klientelthese“ zwei Varianten. Die erste Variante geht von folgendem Begründungszusammenhang aus⁴⁾: Bei den etablierten Parteien gibt es innerhalb der verschiedenen Politikfelder (und damit auch innerhalb der Wirtschaftspolitik) Bereiche, in denen einer Partei über einen *längeren* Zeitraum eine höhere Sachkompetenz zugewiesen wird. Untersuchungen zeigen, daß

insbesondere sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien eher eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugetraut wird als bürgerlich/konservativen Parteien.

Der Grund: „Arbeitnehmerparteien“ müssen in der Regel größere Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machen, da ihre Wählerklientel ein größeres Arbeitsmarktrisiko als die Wählerklientel bürgerlicher Parteien trägt.

Hieraus folgt: Diejenige Partei reüssiert mit steigender Arbeitslosigkeit — unabhängig davon, ob sie Regierungsverantwortung trägt —, der die höchste Problemlösungskompetenz durch die Wähler zugewiesen wird. Dies sind in der Regel in der Bundesrepublik die Sozialdemokraten.

Die zweite Variante der „Klientelthese“ betont die Bedeutung *langfristiger* Loyalitätsbindungen an eine bestimmte Partei; sie begründet damit die „Stammwählerthese“. Diese Bindungen werden vor allem durch die politische Sozialisation vermittelt. Darüber hinaus spielt die Zugehörigkeit bzw. die Nähe zu gesellschaftlichen Großorganisationen, wie z. B. Kirchen und Gewerkschaften, eine wichtige Rolle für die Herausbildung eines Stammwählerverhaltens in der Bundesrepublik. Die Stammwählerbeziehungen zwischen Partei und bestimmten Wählergruppen ermöglichen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer „Wertegemeinschaft“ zumindest eine zeitweise Entkopplung des materiellen Resultats von Politik, das durch die eigene Partei mitbeeinflusst wird, von der Wertschätzung dieser Partei. Die Beziehung ist damit relativ enttäuschungsfest. Die Parteiloyalitäten strukturieren „die selektive Aufnahme, Bewertung, Verarbeitung und Handlungskonsequenz von Informationen über die Leistung der betreffenden Partei: Für treue Parteigänger gibt es viele Möglichkeiten, Fehlleistungen ihrer Partei durch argumentative Hilfskonstruktionen zu rationalisieren“⁵⁾. Der eigenen Partei wird hiernach von den Stammwählern in der Regel eine höhere Kompetenz in der Beschäftigungspolitik zugewiesen.

Die zweite Variante der „Klientelthese“ folgert hieraus, daß Stammwähler auch unter Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit bzw. eigener Arbeitslosigkeit die Loyalität zu ihrer Partei nicht aufkündigen, auch wenn diese Partei Regierungsverantwortung trägt. Die „Anti-Regierungsthese“ hat hiernach nur bei

⁴⁾ Diese erste Variante der Klientelthese findet sich bei Hans Rattinger/Walter Puschner, Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, (1981) 3.

⁵⁾ Wilhelm P. Bürklin/Jürgen Wiegand, Arbeitslosigkeit und Wahlverhalten, in: Wolfgang Bonß/Rolf G. Heinze (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt 1984, S. 281.

den politisch ungebundenen Wählergruppen Gültigkeit, bei den Stammwählern hingegen gilt die „Klientelthese“.

2. Operationalisierung der Hypothesen

Die theoretischen Überlegungen zum „Anti-Regierungsverhalten“ lassen sich in drei Hypothesen operationalisieren:

a) Arbeitslose wählen stärker als die Wähler insgesamt die Oppositionsparteien.

b) Mit steigender Arbeitslosigkeit verlieren die Regierungsparteien Unterstützung in der Wählerschaft und bei den Arbeitslosen. Dieser Zusammenhang wird auch als Kontexteffekt bezeichnet.

c) Unter den Arbeitslosen wird der „Output“ der Regierung schlechter beurteilt als in der Gesamtwählerschaft. Den Oppositionsparteien hingegen wird von den Arbeitslosen eine höhere Problemlösungskompetenz zugesprochen.

Die erste Variante der Klientelthese führt ebenfalls zu drei Hypothesen:

a) Arbeitslose wählen stärker die SPD als die CDU/CSU, unabhängig davon, ob die SPD in der Regierung ist.

b) Mit steigender Arbeitslosigkeit gewinnt die SPD Unterstützung in der Wählerschaft und bei den Arbeitslosen.

c) Der SPD wird über einen längeren Zeitraum von den Wählern ein Kompetenzvorsprung vor der CDU/CSU in Hinsicht auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugesprochen.

3. „Anti-Regierungsthese“ oder „Klientelthese“: Welches theoretische Modell hat den höheren Erklärungsgehalt?

Zur Überprüfung der Anti-Regierungsthese haben wir die Differenz zwischen der Parteipräferenz für CDU/CSU und SPD bei Arbeitslosen und Wählern insgesamt gebildet. Hiernach weisen die Sozialdemokraten mit einer Ausnahme (1. Halbjahr 1982) im gesamten Zeitverlauf ein deutliches Übergewicht gegenüber der CDU/CSU bei den Arbeitslosen auf. Dies wird an den negativen Vorzeichen in Tabelle 1 deutlich. Den höchsten Vorsprung erreichen die Sozialdemokraten vor der Bundestagswahl 1980 mit einem Wert von -36; 18 % der Arbeitslosen votieren zu diesem Zeitpunkt für die CDU/CSU, 56 % für die SPD. D. h., auch in der Zeit SPD-geführter Bundesregierungen lag die SPD in der Wählergunst von Arbeitslosen klar vor der Union. Gleichzeitig aber verringert sich der relative Vorsprung der Sozialdemokraten von 36 Punkten

auf einen Gleichstand kurz vor dem Regierungswechsel im ersten Halbjahr 1982.

Tabelle 1:

Parteipräferenz bei Arbeitslosen und Befragten insgesamt (CDU/CSU minus SPD) sowie Arbeitslosenquote 1980—1984			
	Be-fragte ins-ge-samt	Ar-beits-lo-se	Ar-beits-lo-sen-quo-te
			%
1. Halbjahr 1980	- 8	- 20	3,8 ¹⁾
2. Halbjahr 1980 SPD-	- 7	- 36	3,5 ²⁾
1. Halbjahr 1981 geführte	- 4	- 5	5,2
2. Halbjahr 1981 Regierung	+ 10	- 9	5,4
1. Halbjahr 1982	+ 14	0	7,6
2. Halbjahr 1982	+ 14	- 1	7,5
1. Halbjahr 1983 CDU/CSU-	+ 17	- 3	9,8
2. Halbjahr 1983 geführte	+ 12	- 15	8,6
1. Halbjahr 1984 ³⁾ Regierung	+ 9	- 21	9,6

1) März-Werte
2) September-Werte
3) einschließlich September 1984
Quelle: Infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980—1984, halbjährlich ca. 13000 Fälle, Random-Auswahl.

Welcher Trend zeigt sich, wenn man in der Zeit SPD-geführter Bundesregierungen die Parteipräferenz im Vergleich von Arbeitslosen und Wählern insgesamt analysiert? In dieser Zeit lag der CDU/CSU-Anteil bei den Wählern insgesamt höher als bei den Arbeitslosen. Die geringste Differenz zwischen beiden Gruppen wurde im ersten Halbjahr 1981 erreicht. Zu diesem Zeitpunkt lag die Union sowohl bei den Befragten insgesamt als auch bei den Arbeitslosen um vier bzw. fünf Prozentpunkte hinter der SPD. Der von der Anti-Regierungsthese prognostizierte größere Rückhalt der Oppositionspartei CDU/CSU bei den Arbeitslosen ist somit nicht zu beobachten. Damit läßt sich für die Zeit der SPD-geführten Bundesregierung die Anti-Regierungsthese zurückweisen. Die bisher beschriebene Entwicklung deutet eher auf ein politisches Verhalten der Arbeitslosen hin, das durch eine Klientelbeziehung zwischen Arbeitslosen und SPD bestimmt wird.

Dennoch ist dieses Ergebnis mit gewissen Einschränkungen zu versehen, da die Unterstützung der Sozialdemokraten durch die Arbeitslosen zum Ende der sozial-liberalen Koalition nachließ. Dies wird auch deutlich, wenn man den Unterschied im Parteienindex (CDU/CSU minus SPD) zwischen den Befrag-

ten insgesamt und den Arbeitslosen bis zum Regierungswechsel im zweiten Halbjahr 1982 analysiert. Die Klientelbeziehung der Arbeitslosen zur SPD verliert zu diesem Zeitpunkt erheblich an Wirkung. Betrug im zweiten Halbjahr 1980 die Differenz zwischen dem Indexwert für die Arbeitslosen (-36) und den Wählern insgesamt (-7) noch insgesamt 29 Punkte, so hat sich der relative Vorsprung der SPD bei den Arbeitslosen im ersten Halbjahr 1982 auf 14 Punkte (Befragte insgesamt: +14; Arbeitslose 0) reduziert.

Dieser Bindungsverlust der SPD läßt sich durch die mangelnde Kompetenzzuweisung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik im Vorfeld der Bundestagswahl 1983 erklären⁶⁾. Im Februar 1983 glaubten 47 % der Wähler, die CDU/CSU könne am besten die Arbeitslosigkeit bekämpfen; der Anteil der SPD war auf 23 % gefallen. Die Union lag somit 24 Prozentpunkte vor der SPD. Bei der Bundestagswahl 1980 war die Differenz noch +11 zugunsten der SPD⁷⁾. Dennoch bleibt auch am Ende der sozial-liberalen Koalition eine abgeschwächte Klientelbeziehung der Arbeitslosen zur SPD bestehen, wie das relativ bessere Abschnitten der SPD bei den Arbeitslosen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt zeigt. Die Klientelbeziehung kann jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr über ein „Kompetenzmodell“ politischen Verhaltens erklärt werden. Der langjährige Kompetenzvorsprung der SPD in der Beschäftigungspolitik war unter dem Eindruck anhaltender Massenarbeitslosigkeit dahingeschmolzen.

Die weitere Bestätigung für die Klientelthese findet sich nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982. Im zweiten Halbjahr 1983 und im ersten Halbjahr 1984 vergrößert sich die Bindung an die SPD. Im ersten Halbjahr 1984 beträgt ihr Vorsprung vor der Union bei den Arbeitslosen wiederum 21 Punkte. Ohne eine klientelistische Bindung der Arbeitslosen an die SPD hätten die Sozialdemokraten in diesem wichtigen Wählerbereich verlorengegangenes Terrain nicht so schnell zurückgewinnen können.

Die kritischere Haltung der Arbeitslosen gegenüber der momentanen Bundesregierung und das größere Vertrauen in die SPD-Opposition zeigt sich 1984 auch anhand der Bewertung der Aufgabenbewältigung von Regierung und Opposition im Deutschen Bundestag.

⁶⁾ Ausführlich hierzu, infas Report, Bundestagswahl 1983, Bonn 1983, S. 69ff.

⁷⁾ 1972 betrug der Vorsprung der SPD vor der CDU/CSU +13.

Tabelle 2:

Problemlösungskompetenz von Bundesregierung und SPD-Opposition 1984

	Befragte ins- gesamt	Arbeits- lose
	%	
<i>Aufgabenbewältigung der Bundesregierung</i>		
Gut	16	8
Eher gut	34	24
Eher schlecht	36	45
Schlecht	9	18
Weiß nicht, keine Angabe	5	5
<i>Problemlösungskompetenz der SPD im Vergleich zur Bundesregierung</i>		
Besser	23	32
Nicht besser	56	43
Weiß nicht, keine Angabe	21	25

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), Januar bis September 1984, 15489 Fälle, davon 627 Arbeitslose, Random-Auswahl.

Glaubten nur 23 % der Wähler insgesamt im ersten Halbjahr 1984, die SPD könne die anstehenden Probleme besser lösen als die amtierende Bundesregierung, so beträgt der entsprechende Anteil bei den Arbeitslosen 32 %. Dennoch, auch die Arbeitslosen sind skeptisch. 43 % trauen der SPD keine höhere Problemlösungskompetenz als der Bundesregierung zu.

Die Kritik an der Sachpolitik der Bundesregierung ist bei den Arbeitslosen heftig. 63 % der Erwerbslosen sehen eine schlechte oder eher schlechte Aufgabenbewältigung der jetzigen Bonner Koalition. Bei den Wählern insgesamt beträgt der entsprechende Anteil hingegen 45 %.

4. Kontexteffekt durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit

Welche Wirkung hat der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf das politische Verhalten von Arbeitslosen und Wählern insgesamt? Hiermit wird die Frage aufgeworfen, ob neben der persönlichen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit auch das gesamtwirtschaftliche Ausmaß an Arbeitslosigkeit auf das individuelle politische Verhalten von Arbeitslosen und Wählern insgesamt einwirkt. Die Abschwächung der Klientelbeziehung zwischen Arbeitslosen

und Sozialdemokraten kann auch durch den Anstieg der Arbeitslosenquote teilweise erklärt werden. Im ersten Halbjahr 1980 lag die Arbeitslosenquote bei 3,8 %; der Vorsprung der SPD vor der CDU/CSU betrug zu diesem Zeitpunkt bei den Arbeitslosen 20 Punkte. Im ersten Halbjahr 1982 hatte sich die Arbeitslosenquote fast verdoppelt und der Vorsprung der SPD vor der Union war verlorengegangen.

In der Zeit der CDU/CSU-geführten Bundesregierung geht der Kontexteffekt von Arbeitslosigkeit ebenfalls eher zu Lasten der Regierungspartei. So betrug die Arbeitslosenquote im zweiten Halbjahr 7,5 %; SPD und CDU/CSU lagen zu diesem Zeitpunkt bei den Arbeitslosen in der Wählergunst gleichauf. Im ersten Halbjahr 1984 war die Arbeitslosenquote um 2,1 Prozentpunkte gestiegen, gleichzeitig hatte sich der SPD-Vorsprung als Bonner Oppositionspartei auf 21 Punkte vergrößert.

Bisher haben wir die Frage vernachlässigt, ob es einen Kontexteffekt zwischen Arbeitslosigkeit und Entwicklung der Parteipräferenzen in der Gesamtwählerschaft gibt. Hier zeigt sich vom ersten Halbjahr 1980 bis zum ersten Halbjahr 1983 eine Parallelität zwischen dem relativen Zuwachs im Vorsprung der CDU/CSU vor der SPD und dem Anstieg der Arbeitslosenquote. Da dieser Trend bis zum ersten Halbjahr 1983 und damit über den Regierungswechsel im Oktober 1982 hinweg weitergeht, spricht dies nicht für einen Anti-Regierungseffekt in der Gesamtwählerschaft. Im zweiten Halbjahr 1983 und im ersten Halbjahr 1984 kehrt sich dieser Trend um: Die CDU/CSU verliert an Popularität relativ zur SPD bei konstanter Arbeitslosenquote.

5. Anti-Regierungs- oder Klientelthese — Ein vorläufiges Resümee

Auf der Individualebene kann bei den Arbeitslosen die Anti-Regierungsthese zurückgewiesen werden; auch die Klientelthese in ihrer ersten Variante wird nur teilweise bestätigt, da im Vorfeld der Bundestagswahlen 1983 der Kompetenzvorsprung der SPD in der Beschäftigungspolitik verloren ging. Dennoch bleiben klientelistische Beziehungen der Arbeitslosen zur SPD bestehen.

Diese werden durch Kontexteffekte (Entwicklung der Arbeitslosigkeit) eingeschränkt. Die Vermittlung von Kontexteffekt und Veränderung der Parteipräferenz kann hierbei über den Kompetenzverlust der SPD in der Beschäftigungspolitik im Vorfeld der Bundestagswahl 1983 erklärt werden. Dieser Bin-

dungsverlust der SPD bei Arbeitslosen bestätigt noch einmal unsere These, wonach die SPD bei der Bundestagswahl 1983 auch im Kernbereich ihrer Klientel, wie z. B. den Arbeitslosen, Stimmen direkt an die Union verloren hat⁶⁾. Mit dem Regierungswechsel in Bonn kann sich die traditionelle Klientelbeziehung zwischen Arbeitslosen und Sozialdemokraten wieder entfalten. „Anti-Regierungs“- und „Klienteleffekt“ sind in dieser Situation deckungsgleich. Es stellt sich die Frage: Kann das Verhalten der Arbeitslosen als Stammwählerverhalten interpretiert werden?

6. Die Wirkung traditioneller Bindungen: Die „Stammwählerthese“

Die Ergebnisse der Wahlforschung zeigen eine traditionsbestimmte sozialstrukturelle Verortung bestimmter Wählergruppen bei den großen Parteien in der Bundesrepublik. Zur Überprüfung der zweiten Variante der Klientelthese, die davon ausgeht, daß auch in der Arbeitslosigkeit traditionelle und eher affektive Loyalitäten zu den großen Parteien erhalten bleiben, haben wir für das erste Halbjahr 1984 SPD-affine Merkmale der Sozialstruktur und CDU/CSU-affine Merkmale bei Wählern insgesamt und Arbeitslosen miteinander verglichen. Ein bedeutender Teil der Stammwählerschaft der beiden großen Parteien ist damit erfaßt. Die zentrale These in diesem Zusammenhang lautet: Arbeitslosigkeit führt bei Stammwählern nicht zu einer wesentlichen Veränderung ihrer Parteibindung, unabhängig davon, ob die eigene Partei in der Regierungsverantwortung steht.

Was zeigt nun die Analyse des SPD-affinen Bereichs, der evangelische Wähler, an- und ungelernte Arbeiter, Facharbeiter und Gewerkschaftsmitglieder umfaßt? Aus Tabelle 3 geht hervor: Der Vorsprung der SPD vor der CDU/CSU beträgt bei den evangelischen Arbeitslosen 31 Punkte, bei den an- und ungelernten Arbeitern und den Gewerkschaftsmitgliedern, die arbeitslos sind, 39 Punkte. Die Differenz zwischen den Werten bei den Befragten insgesamt und den Arbeitslosen ist am größten bei evangelischen Wählern und bei den an- und ungelernten Arbeitern. Hier ergibt sich eine Differenz von 26 bzw. 29 Punkten. Etwas schwächer ist die Differenz bei den Gewerkschaftsmitgliedern. Hier haben die Sozialdemokraten bei den Wählern insgesamt einen Vorsprung vor der CDU/

⁶⁾ Ausführlich hierzu Ursula Feist/Hubert Krieger/Pavel Uttitz, Das Wahlverhalten der Arbeiter bei der Bundestagswahl 1983, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1983) 7.

Tabelle 3:

Parteipräferenz nach sozialstrukturellen Merkmalen bei Befragten insgesamt und Arbeitslosen 1984 (CDU/CSU minus SPD)

	Befragte insgesamt	Arbeitslose
<i>SPD-Affinität</i>		
Evangelisch	- 5	- 31
An- und ungelernte Arbeiter	- 10	- 39
Facharbeiter	- 13	- 3
Gewerkschaftsmitglied	- 23	- 39
<i>CDU/CSU-Affinität</i>		
Katholisch	+ 28	- 6
Höhere Angestellte	+ 33	- 8
Abitur/Studium	+ 16	- 23
Kein Gewerkschaftsmitglied	+ 17	- 16

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), Januar bis September 1984, 15489 Fälle, davon 627 Arbeitslose, Random-Auswahl.

CSU von 23 Prozentpunkten. Bei den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern erhöht sich diese Differenz auf 39 Punkte. Vergleicht man die Werte für Gewerkschaftsmitglieder insgesamt mit denen der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, so ergibt sich ein Unterschied von 16 Punkten. Die Arbeitslosigkeit führt somit bei arbeitslosen Protestanten, arbeitslosen un- und angelernten Arbeitern sowie bei arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern zu einer Verstärkung der Klientelbeziehung an die SPD.

Die einzige Gruppe innerhalb der SPD-Stammwählerschaft, die hier eine Ausnahme macht, sind die Facharbeiter. Bei den Facharbeitern insgesamt hat die SPD 1984 einen

Vorsprung von 13 Punkten vor der Union. Bei den Arbeitslosen verringert sich der entsprechende Abstand zwischen den beiden großen Parteien auf 3 Punkte zugunsten der SPD. Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Der Gewinner bei den arbeitslosen Facharbeitern sind DIE GRÜNEN. Während DIE GRÜNEN bei den beschäftigten Facharbeitern einen Anteil von 5% erreichen, steigt ihr Anteil bei den arbeitslosen Facharbeitern auf 12%. Ebenfalls steigt die Ratlosigkeit und Unsicherheit unter den Facharbeitern. Bei den Befragten insgesamt können sich nur 14% für keine Partei entscheiden, bei den arbeitslosen Facharbeitern hingegen steigt dieser Anteil auf 18%.

Anders ist es im CDU/CSU-affinen Bereich (katholisch; höhere Angestellte; Abitur/Studium; kein Gewerkschaftsmitglied⁹⁾). Bei den katholischen Wählern, den höheren Angestellten, den Wählern mit Abitur bzw. Studium und bei den Nichtgewerkschaftsmitgliedern liegt die SPD bei den Arbeitslosen entgegen den traditionellen sozioökonomischen Bindungen eindeutig vor der CDU/CSU. Demgegenüber hat die CDU/CSU bei den katholischen Wählern insgesamt einen Vorsprung von 28 Punkten vor der SPD; bei den Wählern mit Abitur von + 16; bei den höheren Angestellten von + 33.

In der CDU/CSU-Klientel zeigt sich damit ein klarer Anti-Regierungseffekt im Jahr 1984. Das heißt, der SPD gelingt es, als Bonner Oppositionspartei einerseits ihr Stammwählerpotential unter den Arbeitslosen zu stabilisieren und sogar auszubauen und andererseits in die CDU/CSU-Klientel unter den Arbeitslosen einzudringen. Die SPD ist jedoch nicht die einzige Kraft, die vom Anti-Regierungseffekt des CDU/CSU-nahen Teils der Arbeitslosen profitiert. Auch DIE GRÜNEN profitieren von der Abwendung der Arbeitslosen von den Bonner Regierungsparteien ebenso wie von der SPD. Die zweite Variante der Klientelthese kann somit derzeit nur für die SPD-Klientel bestätigt werden.

V. Präferenz für DIE GRÜNEN: Anti-System-Protest oder politischer Denkmittel?

DIE GRÜNEN sind die erfolgreichste Partei der letzten Jahre, und an ihren Stimmengewinnen haben die Arbeitslosen nachweisbaren Anteil.

⁹⁾ Vgl. hierzu Franz Urban Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, (1973) 3.

Zwischen 1980 und 1984 lag die Beliebtheit der GRÜNEN unter den Arbeitslosen beständig über der Neigung aller Befragten, Grün zu wählen. Dazu hat die Präferenz für DIE GRÜNEN im Zeitverlauf in beiden befragten Gruppen zugenommen: bei den Befragten insgesamt als kontinuierlicher Anstieg von 1%

Tabelle 4:

**Parteipräferenz bei Arbeitslosen und
Befragten insgesamt für DIE GRÜNEN
sowie Arbeitslosenquote 1980—1984**

		Be- fragte insge- samt	Ar- beits- lose	Ar- beits- losen- quote
		%		
1. Halbjahr 1980		3	10	3,8 ¹⁾
2. Halbjahr 1980	SPD-	1	10	3,5 ²⁾
1. Halbjahr 1981	geführte	3	6	5,2
2. Halbjahr 1981 ³⁾	Regierung	3	9	5,4
1. Halbjahr 1982		5	11	7,6
2. Halbjahr 1982		5	10	7,5
1. Halbjahr 1983	CDU/CSU-	5	13	9,8
2. Halbjahr 1983	geführte	4	11	8,6
1. Halbjahr 1984 ⁴⁾	Regierung	6	13	9,6

1) März-Werte

2) September-Werte

3) 1980—1981: Parteipräferenz, GRÜNE und andere kleine Parteien

4) einschließlich September 1984

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980—1984, halbjährlich ca. 13 000 Fälle, Random-Auswahl.

auf 6%, bei den Arbeitslosen mit Brüchen auf letztlich 13%. Umgerechnet auf Wählerstimmen wirkt sich der Zuwachs bei den Befragten insgesamt am stärksten aus, da sie die Wahlberechtigten insgesamt repräsentieren. Das Wählerpotential unter den Arbeitslosen wäre allerdings zu gering veranschlagt, würde man allgemein die Prozentzahlen ihrer Präferenz für DIE GRÜNEN betrachten. Zu bedenken ist, daß sich im Beobachtungszeitraum die Arbeitslosenquote von 3,8% auf 9,6% fast verdreifacht hat. Welche Konsequenzen dies für die Wahlentscheidung haben kann, sollen einige Zahlen verdeutlichen.

1. Ohne die Stimmen der Arbeitslosen keine parlamentarische Repräsentanz der GRÜNEN im Bundestag?

Im März 1980 äußerten 10% der befragten Arbeitslosen ihre Präferenz für DIE GRÜNEN und für andere kleine Parteien — das sind rund 90 000 der zu diesem Zeitpunkt registrierten Arbeitslosen. Im März 1984 gab es rund 2,4 Millionen registrierte Arbeitslose, von denen 13%, das sind rund 310 000, zu den GRÜNEN neigten. Wenn die Prognosen über die Arbeitsmarktentwicklung der achtziger Jahre sich als zutreffend erweisen sollten, dann ist 1987 mit ca. 3,5 Millionen Arbeitslo-

sen zu rechnen¹⁰⁾. Bei einer gleichbleibenden Präferenz für DIE GRÜNEN von 13% — dies ist angesichts der Sympathiezuwächse in den letzten Jahren eine eher konservative Schätzung — ergäben sich bei der Bundestagswahl 1987 allein aus dem Reservoir der Arbeitslosen eine knappe halbe Million Stimmen für diese Partei.

Nun wäre es verfehlt, die Präferenz der Arbeitslosen für DIE GRÜNEN allein auf die Tatsache der Arbeitslosigkeit zurückzuführen, denn schließlich werden DIE GRÜNEN in zunehmendem Maße auch von Nichtarbeitslosen gewählt. Ein Teil der heutigen Arbeitslosen würde auch Grün wählen, wenn er beschäftigt wäre.

Möglicherweise haben Arbeitslose bereits den Einzug der GRÜNEN in den Bundestag im März 1983 bewirkt: Im März 1983 waren rund 2,45 Millionen Arbeitslose registriert. Bei einer GRÜNEN-Präferenz von 13% ergäbe dies einen Anteil von 0,8% der 39,3 Millionen gültigen Stimmen. Reduzieren wir diesen Prozentsatz um knapp die Hälfte auf ca. 0,5%, um denjenigen Rechnung zu tragen, die auch ohne Arbeitslosigkeit DIE GRÜNEN gewählt hätten, so wäre das Wahlergebnis der GRÜNEN (5,6%) ohne die durch Arbeitslosigkeit genuin verursachten Stimmen bereits an die kritische Fünf-Prozent-Hürde gedrückt worden. Berücksichtigt man die Zahl der Arbeitslosen insgesamt, so hätten sie im März 1983 die Fünf-Prozent-Hürde nicht übersprungen.

Diese Zahlen sind bisher allein von den registrierten Arbeitslosen ausgegangen. Zu erinnern ist an die Tatsache einer stillen Reserve etwa im Umfang der Hälfte der registrierten Arbeitslosen. Wenn die nichtregistrierten Arbeitslosen auch nur annähernd ähnliche Parteipräferenzen aufweisen, dann läßt sich mit ziemlicher Sicherheit feststellen, daß die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosen DIE GRÜNEN über die Fünf-Prozent-Hürde und damit in den Bundestag gehoben haben. Das Protestpotential der Arbeitslosen war somit die „kritische Masse“, die den GRÜNEN über die Fünf-Prozent-Hürde hinweggeholfen hat.

2. Situativer oder fundamentaler Protest?

Wie läßt sich nun der bereits heute nachweisbare Einfluß der Arbeitslosen über ihre verstärkte Parteinahme für DIE GRÜNEN auf die Stabilität der GRÜNEN-Repräsentanz in

¹⁰⁾ Vgl. Wolfgang Bonß/Rolf G. Heinze, Arbeit Lohnarbeit, ohne Arbeit. Zur Soziologie der Arbeitslosigkeit, in: dies. (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt 1984, S. 7.

den Parlamenten und die Stabilität des politischen Systems insgesamt bewerten? Handelt es sich um ein diffuses oder ein situationsspezifisches Protestverhalten gegen die etablierten Parteien und ihre Politik, um einen fundamentalen Protest gegen das etablierte System oder um eine Warnung an die Adresse der Etablierten, ihnen die Loyalität bei weiterhin unbefriedigender Politik nicht bloß kurzfristig, sondern notfalls auch auf Dauer zu entziehen?

Wenn Arbeitslose sich den GRÜNEN verstärkt zuwenden, dann kaum, weil sie hier zur Lösung der Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme größere Handlungspotenz vermute(n), denn das politische Profil der GRÜNEN gruppiert sich um die Themen Ökologie, Frieden und postmaterielle Werte. Die Betonung postmaterieller Werte korrespondiert mit einer diffusen und widersprüchlichen Programmatik zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. In diesen für Arbeitslose doch eigentlich zentralen Fragen können DIE GRÜNEN keinen Kompetenzvorsprung vor den etablierten Parteien nachweisen; im Gegenteil: hier haben sie sichtbare Defizite. Wenn sie von Arbeitslosen trotzdem gewählt werden, dann liegt mit Wahrscheinlichkeit Protestverhalten vor. Fraglich und heute auch nicht schlüssig zu beurteilen ist die Qualität des Protests: Ist er prinzipiell fundamental und richtet er sich gegen das politische System, oder ist er aktuell und situationsgebunden und soll die etablierten Parteien „zur Ordnung rufen“?

Ganz gewiß sind beide Strömungen vertreten, und ihre Sympathisanten lassen sich in einer ersten vorsichtigen Skizze anhand soziostruktureller Merkmale benennen. Der „typische“ Anhänger der GRÜNEN läßt sich im Prinzip durch zwei Merkmale beschreiben: Er ist jung und hat eine überdurchschnittliche Formalbildung. In Tabelle 5 wurden alle Befragten nach ihren Parteipräferenzen, d. h. durch überdurchschnittliche Präferenzen für GRÜNE, SPD und CDU/CSU, aufgeschlüsselt und nach persönlichen Merkmalen, klassifiziert.

Herausragende Merkmale der Anhänger der GRÜNEN sind Abitur und Hochschulabschluß sowie Zugehörigkeit zur Altersgruppe bis maximal 34 Jahren¹¹⁾. Liegen diese Gruppen hinsichtlich ihrer GRÜNEN-Affinität innerhalb der Gesamtbevölkerung bereits weit über dem Durchschnitt, so verstärkt das zu-

Tabelle 5:

**Parteipräferenz für GRÜNE
nach sozialstrukturellen Merkmalen
bei Befragten insgesamt
und Arbeitslosen 1984**

	Befragte insgesamt	Arbeits- lose
	%	
	<i>GRÜNE-Affinität</i>	
Mittlere Reife	8	14
Abitur/Studium	19	41
bis 20 Jahre	19	32
20—24 Jahre	18	15
25—34 Jahre	11	17
	<i>SPD-Affinität</i>	
Evangelisch	6	10
An- und ungelernte		
Arbeiter	3	7
Facharbeiter	5	12
Gewerkschafts-		
mitglied	7	16
	<i>CDU/CSU-Affinität</i>	
Katholisch	4	12
Höhere Angestellte	8	13
Kein Gewerkschafts-		
mitglied	6	11

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), Januar bis September 1984, Random-Auswahl.

sätzliche Merkmal Arbeitslosigkeit diese Präferenz noch einmal beträchtlich: 41% der arbeitslosen Abiturienten und Akademiker sind Anhänger der GRÜNEN¹²⁾. Diese Gruppe enthält die üblichen Vertreter postmaterieller Werte, und ihre Affinität zu den GRÜNEN beruht auf den programmatischen Kernaussagen der Partei. Im Fall der Arbeitslosigkeit kommt situationsspezifisches Protestverhalten verstärkend hinzu.

Eher situationsspezifischer Protest und eine Denkmittelhaltung ist von Arbeitslosen zu erwarten, die nach ihren strukturellen Merkmalen bisher den etablierten Parteien zuneigten. Aus der Gruppe der SPD-affinen ist besonders hervorzuheben: Bereits in der Gruppe aller Befragten liegt die Neigung zu den GRÜNEN unter Gewerkschaftsmitgliedern mit 7% leicht über dem Durchschnitt. Arbeitslose Gewerkschafter tendieren dann mit 16% zu den GRÜNEN — eine Differenz von 9 Prozent-

¹¹⁾ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Hans-Joachim Veen, Wer wählt grün?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 35-36/84 vom 1. September 1984, S. 12—14.

¹²⁾ Dieses Resultat ähnelt den Ergebnissen der Befragung von Wilhelm P. Bürklin/Jürgen Wiegand (Anm. 5).

punkten in einer Wählergruppe, die ihre politische Heimat traditionellerweise in der SPD hat. Etwas weniger deutlich ist das Protestverhalten bei Facharbeitern (5% bei allen Befragten; 12% bei den Arbeitslosen). Angesichts ihres hohen Anteils unter den Wahlberechtigten zeichnet sich hier trotzdem ein politisch bedeutsames Protestpotential ab.

Wähler, die traditionell der CDU/CSU nahe stehen und die unter dem Eindruck persönlich erlebter Arbeitslosigkeit zu den GRÜNEN tendieren, sind vor allem durch die Merkmale: katholisch, höherer Angestellter, kein Gewerkschaftsmitglied zu umreißen. Hier erweist sich vor allem das klassische Scharnier des Katholizismus bei den Arbeitslosen als ein Schwachpunkt der Bindung an

die christlichen Parteien. Arbeitslose Katholiken votieren dreimal so stark für DIE GRÜNEN wie die Befragten insgesamt.

Nach diesen Ergebnissen scheinen DIE GRÜNEN über ein relativ festes Wählerreservoir zu verfügen, das sein politisches Engagement an den programmatischen Kernaussagen festmacht. Dieses Wählerpotential wird stark erweitert durch ökonomische Krisenerfahrungen derselben Kerngruppen und erhält weiteren Zulauf aus sozialen Gruppen, deren politische Heimat traditionell in den etablierten Parteien liegt. Ihr Engagement trägt vermutlich stärkere Züge eines situationsspezifischen Protests, verbunden mit der Erwartung, daß ihre Signale bei der jeweiligen Mutterpartei verstanden werden.

VI. Latentes Potential am politischen Rand

1. Gegenwärtig attraktiver: die radikale Linke

Die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit hat das Parteiensystem verändert, aber anscheinend eher unter dem Druck der Forderungen nach einer neuen Politik als aufgrund der ökonomischen Krise. Trotzdem fragt sich, ab welchem Punkt ökonomische Instabilität in der Bundesrepublik auch auf das politische System übergreifen könnte, und ob dann die bisher zu beobachtenden Prozesse der politischen Integration von Arbeitslosen — sei es als „Klienten“ ihrer bisher angestammten Partei, sei es als „Opponenten“ gegen die verantwortliche Regierung — außer Funktion geraten. Dahinter steht die Annahme, daß Arbeitslosigkeit auch heute, nicht nur wie in Weimar, soziale Konflikte produziert oder produzieren könnte, die politisch nicht mehr steuerbar sind und auch von dem gegenwärtigen Parteiengefüge nicht mehr absorbiert werden können.

Dennoch ist damit die Frage noch nicht beantwortet, wie groß das latente Potential an den Rändern des politischen Spektrums ist, das sich bisher noch nicht formiert hat — mangels Politik- bzw. Parteienangebot, mangels organisatorischem Kern, aufgrund noch fehlender Erfahrung von tiefer Deprivation.

In den gemachten Erhebungen seit 1980 bis heute hat das Potential, das sich am rechten oder linken Rand des Parteienspektrums sammelt, über die Zeit hinweg etwas geschwankt, mit Höhepunkten für beide politischen Extreme im Krisenjahr 1982. Linkes und rechtes Potential waren bis zu diesem Zeitpunkt, wo

es auf je 7% stieg, etwa gleich groß gewesen. Seither hat sich das linksextreme Potential etwas erhöht und liegt gegenwärtig bei 8%, das des rechten Flügels bei 6%. Während der gesamten Dauer der ökonomischen Krise blieb jedoch das politische System bemerkenswert immun gegen weitere politische Radikalisierung. Für etwa 90% der Wahlberechtigten kam die Wahl einer extremen Partei, ob links oder rechts, nicht in Frage. Somit ist trotz des Anstiegs der Arbeitslosigkeit von 3,5% auf 9,6% kein Kontexteffekt auf das extreme politische Potential zu beobachten.

Anders war die Entwicklung bei den Arbeitslosen, was einen sich von dem beschriebenen Systemtrend lösenden, eigenen Prozeß offenbart. Durchweg ist nämlich das extreme Potential unter Arbeitslosen höher als im Wählerdurchschnitt. Zwischen „links“ und „rechts“ gibt es dabei eine auffällige Diskrepanz. Mit Ausnahme der Krisenzeit 1981/82, wo sich die Werte angleichen, war der Anteil linksextremer Neigungen unter den deutschen Arbeitslosen zumeist doppelt so hoch wie die rechts-extreme Orientierung. Im Unterschied zum Rechtspotential ist zudem das Linkspotential in den letzten zwei Jahren in großen Schritten gewachsen und erfaßt zur Zeit 20% der Arbeitslosen gegenüber 10% auf dem rechten Rand. Mag darin zwar auch das Erstarken der GRÜNEN zum Ausdruck kommen, die nach Selbst- und Fremdentifikation häufig als eine Partei „links von der SPD“ eingestuft werden, so bleibt doch die höhere und zunehmende Tendenz unter den aus dem Arbeitsprozeß Verdrängten beachtlich, sich nach beiden Seiten vom etablierten Parteiensystem

abzuwenden — mit der Folge, daß traditionelle Klientelbeziehungen abgebaut werden können und die Stabilität des politischen Systems sich abschwächt.

Mit welcher Dynamik dieser Prozeß voranschreitet, läßt sich erschließen, wenn man als ein Zwischenglied zwischen der Gesamtebene der Wählerschaft und den Arbeitslosen jene in die Betrachtung einschaltet, die ihren eigenen Arbeitsplatz als gefährdet ansehen. In welchem Ausmaß neigen sie den extremen politischen Rändern zu? Angst vor Arbeitsplatzverlust erzeugt eine deutlich höhere Orientierung an Parteien außerhalb des etablierten Spektrums; Arbeitsplatzgefährdete nehmen dabei zwischen der Wählerschaft und den Arbeitslosen eine mittlere Stellung ein, sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite. Das Rechtspotential wächst von 6% auf der Gesamtebene über 8% bei den Arbeitsplatzgefährdeten auf 10% bei den Arbeitslosen. Im Linksspektrum lauten die entsprechenden Zahlen: 8%, 17%, 20%.

Auch hier, im Bereich zwischen Integration im Erwerbsleben und befürchtetem oder effektivem Ausschuß aus der Erwerbsgesellschaft, ist die Linke die attraktivere politische Alternative. Offen bleibt dabei, ob eine ideo-

Tabelle 7:

Wählerpotential am linken Rand des Parteiensystems 1980—1984

Die Wahl einer Partei links von der SPD ist ...

	Befragte insgesamt		Arbeitslose	
	Möglich, schon gewählt	Nicht möglich	Möglich, schon gewählt	Nicht möglich
	%			
1. Halbjahr 1980	5	91	15	82
2. Halbjahr 1980	4	91	13	83
1. Halbjahr 1981	5	92	11	86
2. Halbjahr 1981	6	91	15	81
1. Halbjahr 1982	7	90	13	83
2. Halbjahr 1982	7	90	15	81
1. Halbjahr 1983	6	91	15	80
2. Halbjahr 1983	6	91	20	79
1. Halbjahr 1984	8	89	20	75

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980—1984, halbjährlich ca. 13000 Fälle, Random-Auswahl.

Tabelle 6:

Wählerpotential am rechten Rand des Parteiensystems 1980—1984

Die Wahl einer Partei rechts von der CDU/CSU ist ...

	Befragte insgesamt		Arbeitslose	
	Möglich, schon gewählt	Nicht möglich	Möglich, schon gewählt	Nicht möglich
	%			
1. Halbjahr 1980	5	91	7	89
2. Halbjahr 1980	4	91	5	93
1. Halbjahr 1981	6	91	7	89
2. Halbjahr 1981	6	90	10	86
1. Halbjahr 1982	7	90	11	85
2. Halbjahr 1982	7	90	8	89
1. Halbjahr 1983	5	92	8	87
2. Halbjahr 1983	5	92	7	91
1. Halbjahr 1984	6	91	10	86

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980—1984, halbjährlich ca. 13000 Fälle, Random-Auswahl.

logische Affinität der Arbeitslosen von ihrer sozialen und politischen Herkunft her diese Orientierung begünstigt oder ob — eine andere These — das fehlende Politik- und Parteienangebot auf der Rechten diesen Unterschied begründet.

Die ideologische Übereinstimmung mit Gedankengut der politischen Linken oder Rechten findet auf jeden Fall dort ihre Grenze, wo die Wahl einer rechts- oder linksextremen Partei praktisch austauschbar wird. Empirische Untersuchungen zum Rechts- und Linksextremismus sind in der Bundesrepublik immer wieder auf die Tatsache gestoßen, daß es in begrenztem Umfang ein radikalisiertes, gleichwohl ideologisch nicht festgelegtes Potential gibt, das am ehesten als diffuses, „vagabundierendes“ politisches Protestpotential zu betrachten ist.

So überrascht es auch in der vorliegenden Untersuchung der Arbeitslosen nicht, wenn ähnliche Zusammenhänge festzustellen sind. Sie verweisen darauf, daß sich unter dem Rechtspotential ein größerer Anteil ideologisch ungebundener Wähler befindet, sowohl auf der Gesamtebene als unter den Arbeitslosen. 38% des Rechtspotentials hält die Wahl einer Partei links von der SPD für möglich oder hat bereits so votiert. Die entsprechende Zahl unter den Arbeitslosen beläuft sich auf

Tabelle 8:

Linkes und rechtes Randpotential des Parteiensystems und Einschätzung der Arbeitsplatzgefährdung 1984

Die Gefährdung
des eigenen Arbeitsplatzes
wird in Zukunft ...

	größer	geringer
	%	
Die Wahl einer Partei rechts von der CDU/CSU ist ...		
Möglich	6	3
Schon gewählt	2	1
Nicht möglich	89	93
Die Wahl einer Partei links von der SPD ist ...		
Möglich	13	4
Schon gewählt	4	0
Nicht möglich	80	94

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), Januar bis September 1984, 15 489 Fälle, Random-Auswahl.

zwei Drittel (61%). Im linken Spektrum ist der umgekehrt definierte Anteil mit je 29% deutlich geringer. Dies stützt die Vermutung, daß die extreme Rechte auch deshalb weniger geschlossen in Erscheinung tritt, weil sie zur Zeit keinen adäquaten politischen Ausdruck finden kann, keine Partei, mit der sich der diffuse politische Protest ideologisch zusammenhängend artikulieren ließe, was mangels eigenem Parteienangebot dazu führt, die radikale Linke zu unterstützen.

In Anbetracht dieser sich überschneidenden Potentiale zwischen Rechts und Links kann man davon ausgehen, daß sich gegenwärtig das gesamte Protestpotential unter den Arbeitslosen, definiert als gegen jegliche etablierte Partei gerichtet, auf 24% beläuft. Im Wählerdurchschnitt beträgt es dagegen 12%. 14% der Arbeitslosen neigen dem linken Rand zu, 4% dem rechten, und 6% schließlich stehen dem ideologisch diffusen Potential nahe. Hochgerechnet auf die absolute Arbeitslosenzahl von ca. 2,4 Millionen bedeutet dies etwa 570 000 Personen ohne Erwerbsquelle, die sich dem politischen System entfremdet haben oder potentiell entfremden; auf die Gesamtwählerschaft bezogen ist dies etwa 1,3%.

Tabelle 9:

Überschneidungen des rechten und linken Randpotentials bei Arbeitslosen 1984

Wahl einer Partei
links von der SPD
ist ...

Wahl einer Partei rechts von der CDU/CSU ist ...	Möglich, schon gewählt	Nicht möglich	Keine Angabe
Möglich, schon gewählt	61	37	2
Nicht möglich	16	83	1

Wahl einer Partei
rechts von der CDU/CSU
ist ...

Wahl einer Partei links von der SPD ist ...	Möglich, schon gewählt	Nicht möglich	Keine Angabe
Möglich, schon gewählt	29	70	1
Nicht möglich	5	95	0

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), Januar bis September 1984, 627 Fälle, Random-Auswahl.

Nicht der im extremen Parteivotum artikulierte Protest scheint somit zur Zeit das Verhältnis der Arbeitslosen zum Parteiensystem zu charakterisieren. Die politische Bewältigung der ökonomischen Krise bei den Arbeitslosen verläuft offenbar in anderen Bahnen; nicht zuletzt in der vorgegebenen politischen Bindung.

2. Höhere Wahlenthaltungen bei Arbeitslosen?

In seiner Analyse des Wahlverhaltens von Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980 kommt Rattinger zu dem Ergebnis, Arbeitslose würden eine geringere Wahlbeteiligung als die Gesamtwählerschaft aufweisen. Besonders stark ist hiernach die Wahlenthaltung von Arbeitslosen in den Stammwählerbereichen der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD¹³⁾.

¹³⁾ Hans Rattinger, Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential: Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Anm. 13), S. 257 ff.

Operationalisiert man die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl über den Indikator „keine Parteipräferenz“, so läßt sich die These von Rattinger im Zeitverlauf zuerst einmal bestätigen. Im gesamten Zeitraum zwischen Anfang 1980 und Mitte 1984 ist der Anteil ohne Parteipräferenz bei den Arbeitslosen höher als bei den Wählern insgesamt. Der Unterschied zwischen dem Anteil der Nichtwähler bei diesen beiden Gruppen beträgt maximal 7 Punkte (erstes Halbjahr 1981). Diese Regel hat jedoch eine Ausnahme, dies ist das zweite Halbjahr 1980. Hier, im Umkreis der Bundestagswahl 1980, geben annähernd gleich viele Wähler insgesamt (13 %) und Arbeitslose (12 %) keine Parteipräferenz an. Es ist zu vermuten, daß die starke Emotionalisierung der Bundestagswahl 1980 bei den Arbeitslosen ihre strukturell geringere Mobilisierung kompensiert hat.

Trotz der früher klaren Beziehung zwischen Arbeitslosenstatus und höherer Wahlenthaltung ist ein Vorbehalt zu machen, da sich im Zeitverlauf nun der Unterschied zwischen dem Anteil potentieller Nichtwähler bei Arbeitslosen und Befragten insgesamt verringert. Ende 1983 und Anfang 1984 ist fast ein Gleichstand erreicht. Dieser Angleichungsprozeß ist darauf zurückzuführen, daß der entsprechende Anteil bei den Arbeitslosen zurückgegangen ist, während er bei den Befragten insgesamt konstant blieb. Ein Grund dafür könnte darin liegen, daß die Arbeitslosen DIE GRÜNEN nach der Bundestagswahl

1983 verstärkt als politische Protestpartei entdeckt haben. Der Anstieg des Wähleranteils der GRÜNEN von 10 % im zweiten Halbjahr 1982 auf 13 % im ersten Halbjahr 1984 könnte damit als eine stärkere Mobilisierung von Nichtwählern aus dem Reservoir der Arbeitslosen durch DIE GRÜNEN interpretiert werden.

Es stellt sich die Frage, ob dies auch für diejenigen Arbeitslosen gilt, die sich eher dem rechten Randbereich des Parteiensystems zu rechnen, oder ob dies nur für das Linkspotential gilt, das sich durch DIE GRÜNEN ideologisch angesprochen fühlt? Von den Arbeitslosen, die eine Wahl rechts von der CDU/CSU für möglich halten, machen 20 % keine Angaben zur Parteipräferenz. Dies liegt 4 Prozentpunkte über dem Anteil bei den Arbeitslosen insgesamt. Bei denjenigen Arbeitslosen, die eine Wahl einer rechten Partei ausschließen, liegt der Anteil der potentiellen Wahlenthaltungen bei 14 %. Es bestätigt sich somit die These, wonach mangelndes Angebot einer organisierten rechten Alternative im Parteiensystem die Anhänger dieser politischen Richtung stärker zur Wahlenthaltung veranlaßt.

Im Linkspotential läßt sich eine ähnliche Entwicklung nicht beobachten. Arbeitslose, die eine linke Randpartei potentiell wählen würden, äußern zu 16 % keine Parteipräferenz. Hiermit zeigt sich aber, daß auch Teile des linken Spektrums momentan von den GRÜNEN nicht repräsentiert werden.

VII. Ausblick

Die politische Radikalisierung der Arbeitslosen ist nach der gesamten Sichtung des vorliegenden Materials offenbar ein Randphänomen, vielleicht aber nur vorerst. DIE GRÜNEN erfüllen dabei unwissentlich oder unwillentlich im augenblicklichen politischen System eine eher stabilisierende Funktion, weil sie in einer Art Zwitterrolle ein zwischen systemkritisch und systemimmanent virulentes Protestpotential weitgehend noch systemkonform binden und integrieren.

Wie sind jedoch die mittelfristigen Perspektiven? In seiner Abhandlung „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ beschreibt Burkart Lutz die Folgen der systemischen Destabilisierung als Produkt einer langen ökonomischen Strukturkrise, wie wir sie heute in der Bundesrepublik durchleben. Im Hinblick auf einen künftigen politischen Steuerungsbedarf führt er aus, „daß im Gefolge von solchen Pro-

zessen in vielfältiger Form hervorgebrachte partikuläre Abschirmungs-, Überwälzungs- und Ausgrenzungsstrategien, die jeweils darauf hinauslaufen, Teilbereiche oder Teilgruppen mit überdurchschnittlichem Handlungs- und Durchsetzungspotential auf Kosten aller anderen von den Problemlasten und von der Verantwortung für Problemlösungen freizustellen, im Laufe der Zeit immer mächtiger werdende, zunehmend *explosive Konflikt-herde* entstehen. ...Und wenn hierdurch ganze Bevölkerungsgruppen in mehreren Lebensbereichen zugleich flagrant benachteiligt werden, sind alle Voraussetzungen für offene Gewalt — in Protest und Auflehnung wie in deren Repression — und für hieraus resultierende Prozesse sozialer Desintegration gegeben.“¹⁴⁾

¹⁴⁾ Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/M. 1984, S. 255.

Strukturwandel am Arbeitsmarkt

Analyse und Vorausschau

I. Strukturwandel und -prognosen

1. Warum Strukturuntersuchungen?

Fragen nach dem wirtschaftlichen Strukturwandel und seinen Auswirkungen sind in den letzten Jahren in den Vordergrund wirtschaftswissenschaftlicher und -politischer Diskussion gerückt. Strukturwandel ist jedoch kein neues Phänomen — er begleitet die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die ja niemals alle Bereiche gleichmäßig betrifft, d. h. niemals strukturneutral abläuft. Die ungeheuren Umwälzungen der Produktion und des Arbeitskräfteeinsatzes konnten noch bis an den Anfang der siebziger Jahre relativ reibungslos vollzogen werden. Der Verlust an Arbeitsplätzen wurde durch die Expansion in anderen Sektoren aufgefangen; Mobilität und Fluktuation — bis hin zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte — ermöglichten die Anpassung an die Erfordernisse einer wachsenden Wirtschaft. Mit dem Ende der Expansionsphase führten Umstrukturierungen jedoch zunehmend zu Arbeitsmarktproblemen, die mit dem Etikett „strukturell“ versehen wurden.

2. Möglichkeiten und Grenzen

Zu einzelnen Aspekten dieses immer noch diffusen Begriffs „Strukturwandel“ liegen zahlreiche Untersuchungen vor; eine Theorie des Strukturwandels oder der Wirkungszusammenhänge der einzelnen Strukturdimensionen wurde jedoch noch nicht erarbeitet. Untersuchungen des Strukturwandels sind daher überwiegend deskriptiv angelegt.

Zu den Einflußgrößen des Strukturwandels zählen Veränderungen in der Struktur der Güternachfrage, die z. B. durch Sättigungstendenzen in spezifischen Nachfragebereichen, neue Produkte, veränderte internationale Wettbewerbsverhältnisse und die Entwicklung des Welthandels, neue Produktionstechniken und -organisationsformen oder auch durch die demographisch bedingte Änderung der Nachfragestruktur beeinflusst wird. Auch exogene, nicht unmittelbar beeinflussbare Größen wie z. B. die Bevölkerungsentwicklung oder die Steigerung des Energiepreis-

niveaus lösen Strukturveränderungen aus. Ebenso prägen Verhaltensgrößen wie Erwerbs- und Bildungsbeteiligung sowie Wanderungen von Ausländern die Struktur des potentiellen Arbeitskräfteangebots. Resultat und Ausprägung des Strukturwandels im Beschäftigungssystem zeigen sich z. B. in der Veränderung der Beschäftigung in einzelnen Branchen. Der Niedergang ehemaliger Schlüsselindustrien (u. a. Kohle, Stahl, Werften, Textil) und die gleichzeitige Verstärkung in anderen Bereichen (u. a. Dienstleistungen, Maschinenbau) signalisieren diese Entwicklung.

Welche dieser Größen den Strukturwandel bestimmen, welche vom Strukturwandel bestimmt werden und welcher Art und Intensität die Wechselbeziehungen sind, kann allenfalls für Teilbereiche festgestellt werden. Bei solchen Untersuchungen wird allein schon durch die Wahl der Strukturdimensionen die Problemsicht und damit auch die Palette der Lösungsvorschläge vorgeprägt. So wird z. B. das Strukturierungsmerkmal Region eine regional unterschiedliche Strukturentwicklung konstatieren, Problemregionen identifizieren und regionalpolitisch orientierte Politikvorschläge nahelegen. Eine Unterscheidung des Arbeitsmarktes nach Qualifikationen wird Disparitäten in den Strukturen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage nachweisen und somit zur Forderung arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Maßnahmen führen. Ähnliches gilt für andere Größen wie z. B. Lohnstruktur und Branchenstruktur. Neben der Auswahl der Strukturdimension wird auch durch das Meßkonzept das Untersuchungsfeld eingeeengt.

Gewöhnlich wird die Struktur einer Größe als das Verhältnis der Teile zum Ganzen definiert. Die Berufsstruktur der Erwerbstätigen z. B. ist die Verteilung der Erwerbstätigen auf ein vorgegebenes Raster von Berufen. Strukturwandel wird dann im Vergleich der Verteilung zu zwei Zeitpunkten dargestellt. Diese Betrachtungsweise stellt auf das Resultat von Veränderungen, wie es sich aus Bestandsvergleichen zu Zeitpunkten ergibt, ab. Dabei

wird der *Prozeß* zwischen den beiden Vergleichszeitpunkten, der diesen Strukturveränderungen zugrunde liegt, nicht erfaßt. Dieser Prozeß kann sich auf vielfältige Weise vollziehen. So wird die Berufsstruktur z. B. intergenerativ, durch Unterschiede in den Neuzugängen zum und den Abgängen aus dem Erwerbsprozeß, durch Wechsel des Berufs oder durch Personalpolitik beeinflusst. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß der Prozeß wesentlich intensiver ablaufen kann, als es die vergleichsweise geringen Strukturverschiebungen der Bestände an den Vergleichszeitpunkten erkennen lassen. Ein markantes Beispiel dafür sind die Zahlen der Arbeitsplatzwechsel, die mit jährlich über 10 Millionen in den Bestandsdifferenzen nur in verschwindendem Umfang abgebildet werden.

Selbst wenn es gelänge, für die Vergangenheit die Prozesse und die ihnen zugrunde liegenden Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu einem Verlaufsmuster des Strukturwandels zusammenzuführen, bliebe die Frage nach der künftigen Entwicklung offen. Die Unwägbarkeiten und Schwierigkeiten langfristiger Vorausschätzungen stellen sich bei Strukturprognosen in besonderem Maße ein. An dieser Stelle soll nicht auf die Unterschiede in einzelnen Voraussagetechniken eingegangen werden. Bei allen formalen und methodischen Unterschieden bleibt diesen Prognosetechniken gemeinsam, daß die Phantasie und das Vorstellungsvermögen des Prognostikers sowie gegebenenfalls die vorab festgelegten Rahmenbedingungen die Bandbreite möglicher Ergebnisse prägen. Eine „Prognose-Philosophie“, die sich künftige Welten vorrangig als eine Fortschreibung der Vergangenheit vorstellt, ist gescheitert. Heute wird vielmehr ein Prognose-Dilemma (Borchardt) deutlich: In Zeiten relativ stabiler, kontinuierlicher Entwicklungen kann eine Prognose als Fortschreibung eine hohe Akzeptanz und gute Trefferwahrscheinlichkeit aufweisen — ist aber deshalb auch trivialerweise kaum gefragt. In Zeiten, die von Strukturbrüchen und Diskontinuitäten geprägt sind, steigt der gesellschaftliche Bedarf an zutreffenden Zukunftsaussagen, gleichzeitig aber verliert die Vergangenheitsentwicklung ihre Funktion als Basis.

Prognosen über längere Zeiträume gediehen vor allem in einer politischen Landschaft, in der von der Steuerbarkeit und Beherrschbarkeit einer „gleichgewichtigen“ gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen wurde. Dem Staat als Handlungsträger nicht nur einer Globalsteuerung, sondern auch einer langfristigen Infrastruktur-

Bildungs- und Arbeitskräftepolitik wurde die Aufgabe zugewiesen, einen reibungslosen wirtschaftlichen Wachstumsprozeß zu flankieren und die nicht vom Markt erbrachten „öffentlichen Güter“ anzubieten. Gesetze wie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz sowie das Arbeitsförderungsgesetz, Planungsansätze im Bildungswesen wie der Bildungsgesamtplan sind diesem Politikverständnis zuzuordnen. Mit dem Ende der Wachstumsphase können Ungleichgewichte nicht mehr als lästige, aber beherrschbare Ausnahmesituation angesehen werden. Der zunehmende Problemdruck mit seinen Auswirkungen auf die Handlungsspielräume des Staates hat zu einer Verunsicherung über die Richtungen und grundsätzlichen Möglichkeiten längerfristig angelegter Wirtschaftspolitik geführt. Dies und auch die Kritik an bisherigen Langfristprognosen hat die prognostischen Aktivitäten erheblich reduziert. Den großen Planungsansätzen folgte die Orientierung an den im Moment brennendsten Fragen — „Durchwursteln“ anstelle vorausschauender Politik.

Unter den Voraussagen, die die künftige Welt in Zahlen gefaßt haben, sind die Vorausschätzungen der langfristigen Energiebedarfsentwicklung, des Bedarfs an Verkehrsinfrastrukturen und des Arbeitskräftebedarfs populär geworden. Diese Prognosen sind ein Beispiel für die Instabilität langfristiger Trends und die geringen Möglichkeiten, Strukturbrüche oder auch nur Trendveränderungen mit der notwendigen Zuverlässigkeit vorauszusehen. Aber auch die Vorausschätzung der Nachfrage nach Arbeitskräften ist mit hohen Unsicherheiten behaftet. Voraussetzung sind — ebenfalls unsichere — Prognosen des wirtschaftlichen Wachstums, der Produktivitätsentwicklung, der Erwerbsbeteiligung, des Wanderungsverhaltens sowie des Verhaltens des Staates.

Noch Mitte der siebziger Jahre wurde wieder beschleunigtes Wirtschaftswachstum und nachlassender Angebotsdruck („Pillenknicke“) und daraus eine quasi-automatische Lösung des globalen Arbeitsmarktungleichgewichts für das Jahr 1985 prognostiziert. Danach sollte sich das Überangebot sogar in einen erneuten Mangel an Arbeitskräften verwandeln. Der Hoffnungshorizont mußte dann, nachdem die Schere zwischen steigendem Neuangebot und stagnierender oder gar sinkender Nachfrage sich immer weiter öffnete, in rascher Folge weiter in die Zukunft verschoben werden; er ist mittlerweile hinter dem Horizont der Jahrtausendwende verschwunden. Die Lebensdauer von „Langfristprognosen“ ist oft kaum länger als die von Konjunkturprognosen.

Unsicherer noch als die Prognose des gesamten Arbeitskräftebedarfs sind Prognosen für einzelne Struktursegmente des Arbeitsmarktes. So haben sich Vorausschätzungen z. B. für Lehrer oder Ingenieure einen zweifelhaften Ruf erworben, da sie — das „Vorzeichen“ mehrfach wechselnd — Anpassungsreaktionen bei der Studienfachwahl hervorgerufen haben, die sich allzu bald als verfehlt erwiesen. Bei Ausbildungsentscheidungen und -investitionen erstreckt sich der Planungshorizont über 20 Jahre. Rechnet man zwischen drei und zehn Jahren für die Ausbildung sowie noch ein halbes Berufsleben, in dem das Erlernte eingesetzt werden soll, so wird die Diskrepanz zwischen dem Bedarf an quantifizierten Prognosen und den geringen Möglichkeiten, sie zu erstellen, besonders deutlich.

Diese wenigen Anmerkungen zu den Möglichkeiten und Grenzen von Strukturanalyse und -prognose können die Vielzahl der theo-

retischen, methodischen und statistischen Einschränkungen nicht wiedergeben. Sie sollen vielmehr den Leser zu einer vorsichtigen und kritischen Rezeption der folgenden Ausführungen auffordern. Im folgenden wird Strukturwandel wie eine „black box“ aufgefaßt, aus der heraus Wirkungen auf die Strukturen von Beschäftigung und Arbeitsmarkt ausgehen. Die Strukturverschiebungen der letzten zehn Jahre werden dargestellt, auf stabile Entwicklungsmuster hin untersucht und mit der aktuellen Arbeitsmarktlage konfrontiert.

Daran anschließend werden plausible Überlegungen darüber angestellt, ob die in der Vergangenheit beobachteten Tendenzen auch künftig stabil sein könnten. Dabei sollen auch bereits heute absehbare Tendenzen und Einflußgrößen, die auf die künftige Struktur von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage einwirken könnten, einbezogen werden.

II. Langfristige Strukturentwicklungen im Beschäftigungssystem

Zur Darstellung der Strukturentwicklung im Beschäftigungssystem können unterschiedliche Kategorien — wie Branche, Produkt und Beruf — herangezogen werden. Hier wird als Strukturdimension der Beruf verwendet. In dieser Kategorie mischen sich vielfältige Elemente des Ausbildungs- und Erwerbslebens (z. B. Qualifikation, Ausbildungsabschluß oder/und -niveau, ausgeübte Tätigkeit, sozialer Status). Bildungswesen und Erwerbssystem orientieren sich überwiegend am Beruf („Verberuflichung“) als beschreibende und statusdifferenzierende Kategorie. Ein Vorteil z. B. gegenüber einer produktbezogenen Gliederung nach Branchen liegt in dem Personen- und Tätigkeitsbezug, da das Arbeitsmarktgeschehen zwar durch eine Vielfalt an Wechselbeziehungen beeinflusst wird, letztlich aber über Personen vermittelt und Personen betreffend abläuft und von Personen bewältigt werden muß. Außerdem zwingt die Datenlage für Analysen des Strukturwandels am Arbeitsmarkt — trotz aller Kritik an der mangelhaften Trennschärfe des Begriffs — zum Rückgriff auf den Beruf. Bei der Untersuchung wird die Berufssystematik des Statistischen Bundesamtes herangezogen. Die Erwerbstätigen werden fünf Berufsbereichen zugewiesen, die sich wiederum in 86 Berufsgruppen aufliedern lassen.

Als Vergleichsjahre werden 1973 und 1982 gewählt. Dies sind Jahre, für die aus dem Mikrozensus Berufsdaten vorliegen. Zu berücksich-

tigen ist, daß der Mikrozensus für die Erwerbstätigkeit insgesamt ein überhöhtes Niveau ausweist. Es dürfte sich in der Größenordnung von 0,5 bis 1,0 Million bewegen. Dies ist auf die Methoden der Erhebung und Hochrechnung zurückzuführen. Hier macht sich das Fehlen einer korrigierenden Vollerhebung, wie sie in der Volks- und Berufszählung vorgenommen wird, besonders störend bemerkbar. Über die Verteilung dieser Niveauüberhöhung auf die Berufsstrukturen ist nichts bekannt; sie kann daher auch nicht berücksichtigt werden. Für die Interpretation der vorliegenden Resultate heißt das, daß der Beschäftigungsrückgang im Untersuchungszeitraum stärker ausgefallen ist, als die Daten es ausweisen.

Die Trennung von Konjunktur- und Struktureffekten bei der Beschäftigungsentwicklung ist nur hypothetisch möglich. Die Vergleichsjahre sind unterschiedlichen konjunkturellen Situationen zuzuordnen: 1973 war der Beschäftigungsstand hoch, Arbeitslosigkeit verschwindend gering, 1982 dagegen war geprägt von rückläufiger Beschäftigung und ansteigender Arbeitslosigkeit. Das Vergleichsjahr 1982 wird aus Aktualitätsgründen dennoch dem Jahr 1980 vorgezogen. In die vorgefundenen Beschäftigungsentwicklungen gehen also auch konjunkturelle Einflüsse ein. Sie überzeichnen daher in den Berufen mit größerer Konjunkturreagibilität die Strukturverschiebungen etwas. Vergleichsrechnungen mit

Tabelle 1: Strukturwandel des Arbeitskräfteeinsatzes 1973—1982 (in 1000 Personen)

Erwerbstätige ¹⁾ nach Berufsbereichen	insgesamt		Veränderungen	davon	
	1973	1982		Männer 1973—1982	Frauen 1973—1982
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	1 942	1 339	-604	-226	-378
Bergleute, Mineralgewinner	150	118	-33	-33	0
Fertigungsberufe	9 037	7 750	-1 288	-827	-461
Technische Berufe	1 329	1 499	170	148	22
Dienstleistungsberufe	12 893	14 114	1 221	293	929
alle Erwerbstätigen	25 739	25 101	-638	-620	-18

¹⁾ Erwerbstätige, ohne Lehrlinge (Mikrozensus).

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

dem Jahr 1980, das sich konjunkturell eher mit dem Jahr 1973 vergleichen läßt, haben allerdings ergeben, daß der Konjunkturlauf das Grundmuster der Strukturveränderungen unberührt läßt.

Im folgenden werden zuerst die Grundzüge des Strukturwandels der Beschäftigung in der Zusammenfassung zu fünf Berufsbereichen dargestellt. Anschließend wird das Konzept differenziert¹⁾, indem

— die Betrachtung auf eine Auswahl von 86 Berufen disaggregiert wird und

— weitere Indikatoren zur Identifikation der „Arbeitsmarktpositionen“ der Berufe herangezogen werden.

Faßt man die Vielzahl der unterschiedlichen Berufe zu fünf großen Berufsgruppen zusammen, so fallen zwei Strukturverschiebungen der Beschäftigung zwischen 1973 und 1982 besonders auf (vgl. auch Tabelle 1):

— Die Zahl der Beschäftigten in den land- und forstwirtschaftlichen sowie den Fertigungsberufen hat weiter stark abgenommen, während in den technischen und den Dienstleistungsberufen erheblich mehr Personen beschäftigt waren. Diese Beschäftigungsumschichtung war per Saldo von einem Arbeitsplatzabbau begleitet.

— Im Verlauf des Berufsstrukturwandels sind zwar auch bei den weiblichen Erwerbstätigen in erheblichem Umfang Arbeitsplätze in

Berufen des primären und sekundären Sektors weggefallen, aber die Expansion in den Dienstleistungsberufen erfolgte überwiegend in „Frauenberufen“, so daß sich für die weiblichen Erwerbstätigen per Saldo nur ein geringfügiger Beschäftigungsabbau ergibt.

1. Die Entwicklung in einzelnen berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten

Die geschilderten Veränderungen der Berufsstruktur des Arbeitskräfteeinsatzes haben sich auf den einzelnen berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten unterschiedlich ausgeprägt. Bei der Betrachtung der Strukturverschiebungen steht die Frage nach den Beschäftigungschancen, d. h. Angebot und Nachfrage sowie deren Resultante, im Vordergrund. Für jeden Beruf werden Indikatoren berechnet, in die die Beschäftigungsentwicklung zwischen 1973 und 1982 sowie die aktuelle Arbeitsmarktlage des Berufes im Jahre 1983 eingehen. Sie beschreiben die Arbeitsmarktposition eines Berufes. Anschließend werden Berufe mit gleicher Arbeitsmarktposition zu Gruppen zusammengefaßt.

Der erste Indikator ist die *Veränderung des Berufsgewichts*, das sich aus dem Anteil der Erwerbstätigen in einem Beruf an allen Erwerbstätigen ergibt. Ein steigendes Berufsgewicht bedeutet also, daß 1982 mehr Personen im Beruf tätig waren als 1973. Damit der Lehrlingsboom der letzten Jahre nicht zu einer Strukturverzerrung führen kann — Lehrlinge werden statistisch als Erwerbstätige erfaßt —, wird die Beschäftigungsentwicklung ohne Lehrlinge untersucht; Datenbasis ist der Mikrozensus.

In der Zahl der Erwerbstätigen wird die realisierte Nachfrage nach Arbeitskräften und gleichzeitig das realisierte Angebot ausge-

¹⁾ Dies stellt die Aktualisierung eines Ansatzes dar, der in der Strukturberichterstattung des DIW/Schwerpunktthema „Arbeitsmarkt“ ausführlicher dargestellt wurde. Vgl. U. Brasche/C. F. Büchtemann/W. Jeschek/W. Müller, Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin 1983.

drückt. Dieser Indikator beschreibt allerdings nur einen Ausschnitt des Arbeitsmarktgeschehens. Ungleichgewichte von Angebot und/oder Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt werden — wenn auch mit z. T. nur geringer Präzision — durch die Zahl der Arbeitslosen angezeigt. Sie enthält die Resultante von Angebots- und Nachfragekomponenten, d. h. sowohl Personen aus dem Beschäftigungssystem als auch solche, die erstmals Arbeit nachfragen. Die Zahl der Arbeitslosen im September 1982 wird mit der Zahl der Erwerbspersonen (das sind Erwerbstätige plus Arbeitslose) gewichtet; diese Relation entspricht ungefähr der von der Bundesanstalt für Arbeit berechneten Arbeitslosenquote.

Da hier vor allem strukturelle Ungleichgewichte untersucht werden sollen, wird als zweiter Indikator die *relative Arbeitslosigkeit* in den einzelnen Berufen herangezogen. Sie gibt die Abweichung der berufsspezifischen von der durchschnittlichen Arbeitslosenquote wieder. Zu beachten ist dabei, daß eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote nicht etwa Gleichgewicht oder Vollbeschäftigung in diesem Beruf bedeuten muß, sondern in der Regel nur eine gegenüber dem allgemeinen Arbeitsmarktungleichgewicht günstigere Situation bezeichnet.

Das Jahr 1982 wurde als Endpunkt des Vergleichs gewählt, weil keine aktuelleren Vergleichsdaten zur Erwerbstätigkeit nach Berufen vorliegen. Die Arbeitslosenstatistik jedoch macht auch Daten für den September 1983 verfügbar. Da zwischen 1982 und 1983 die Arbeitslosigkeit nochmals kräftig angestiegen ist, wird ergänzend der berufsspezifische Anstieg untersucht, um erste Anhaltspunkte für die Stabilität der ermittelten Arbeitsmarktpositionen zu gewinnen.

Aus diesen Indikatoren lassen sich vier Arbeitsmarktpositionen unterscheiden (vgl. Tableau), denen dann die Berufe zugeordnet werden.

Zu beachten ist dabei, daß die Zuordnung nach formalen Kriterien erfolgt und die Grenze zwischen den Gruppen nicht immer scharf gezogen werden kann. Die Berufe, die den einzelnen Gruppen zugewiesen wurden, werden in den Übersichten benannt. Um ihr Gewicht im Rahmen der Gesamtbeschäftigung zu kennzeichnen, werden die Zahl der Erwerbstätigen und das Berufsgewicht ausgewiesen. Die anderen umfangreichen Zahlenwerke, die zur Analyse beigetragen haben, können hier nicht wiedergegeben werden. Die wichtigsten Befunde werden im Text vorgestellt. Einige Berufe, die in Klammern auf-

Arbeitsmarktpositionen von Berufen

Indikator	Arbeitsmarktpositionen			
	günstig	Angebotsdruck	kritisch	ungünstig
Berufsgewicht	steigend	steigend	stagnierend oder fallend	fallend
relative Arbeitslosigkeit	unterdurchschnittlich	überdurchschnittlich	unterdurchschnittlich	überdurchschnittlich
Anstieg der Arbeitslosigkeit	unterdurchschnittlich	unterdurchschnittlich	überdurchschnittlich	uneinheitlich

geführt werden, werden unter Vorbehalt in die Zuordnung einbezogen; Erläuterungen dazu im Text.

Eine *günstige* Arbeitsmarktposition wurde solchen Berufen zugewiesen, in denen im Untersuchungszeitraum das Berufsgewicht angestiegen und gleichzeitig die Arbeitslosenquote 1982 unterdurchschnittlich war. Vier von zehn Erwerbstätigen waren 1982 dieser Gruppe zuzuordnen. Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich hier um Dienstleistungsberufe. Auch fast alle der typischen „Akademikerberufe“ gehören in diese Gruppe.

Dominierend sind die Büroberufe, denen mittlerweile jeder siebte Erwerbstätige angehört. Die Zunahme um fast 9 v. H. geht sowohl auf die Verstärkung von Verwaltungsfunktionen in der Privatwirtschaft — man kann von einer „Tertiarisierung des sekundären Sektors“ sprechen — als auch auf die Ausweitung der Staatstätigkeit zurück. Das Qualifikationsniveau hat sich durch die überproportionale Einstellung von Bürofachkräften erhöht. Die Arbeitslosenquote lag 1982 mit 4,8 v. H. zwar nicht auf Vollbeschäftigungsniveau, aber doch deutlich unter dem Durchschnitt. Im folgenden Jahr blieben diese Berufe beim nochmaligen Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht ausgespart, das insgesamt vergleichsweise günstige Bild blieb jedoch erhalten. Im Untersuchungszeitraum ist offenbar durch die Einführung von Rationalisierungstechniken im Büro allenfalls ein noch stärkerer Anstieg der Beschäftigung verhindert worden. Die beobachtete Ausweitung von Verwaltungstätigkeiten mit gehobenen Qualifikationsanforderungen findet ihre Entsprechung auch in der

Tabelle 2:

Günstige Arbeitsmarktposition

Berufe	Erwerbstätige 1982 ¹⁾	Berufsgewicht 1982 ²⁾
29 Werkzeugmacher	104	0,4
31 Elektriker	536	2,2
60 Ingenieure	485	2,0
62 Techniker	789	3,2
69 Bank-, Versicherungs- kaufleute	526	2,1
70 Andere Dienstleistungs- kaufleute u. a.	167	0,7
75 Unternehmer, Organisat., Wirtschaftsprüfer	726	2,9
77 Rechnungskaufleute, EDV-Fachleute	493	2,0
78 Bürofach-, Bürohilfs- kräfte	3 534	14,2
80 Sicherheitswahrer	756	3,0
81 Rechtswahrer, -berater	105	0,4
82 Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	82	0,3
84 Ärzte, Apotheker	218	0,9
85 Übrige Gesundheits- dienstberufe	803	3,2
87 Lehrer (incl. Hochschule)	769	3,1
zusammen	10 092	40,7

¹⁾ Erwerbstätige (Mikrozensus), ohne Lehrlinge²⁾ Anteil des Berufs an allen in v.H.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

gestiegenen Anzahl leitender Angestellter und Organisatoren. Allerdings werden dieser Berufskategorie auch eine Vielzahl unterschiedlicher selbständiger Tätigkeiten zugeordnet, so daß wegen der Heterogenität dieser Kategorie keine weitere Auswertung möglich ist.

Die Bank- und Versicherungskaufleute haben stark an der Expansion privater und staatlicher Versicherungsleistungen und des Bankgeschäft partizipiert. Gleichzeitig wurden in diesen Branchen viele Bürokräfte eingestellt, so daß die Bedeutung der Fachberufe hier eher zurückgegangen ist. Die Ausweitung des Bankgeschäfts und der Wettbewerb um den Kunden im Filialgeschäft ist für diese Personalausweitung, die sich trotz des Einsatzes der Datenverarbeitung bisher nicht verringern ließ, maßgeblich gewesen.

Der Trend hin zu mehr Dienstleistungen, der den fortgeschrittenen Industriegesellschaften oft als gemeinsames Entwicklungsmuster zugewiesen wird, hat sich im Beobachtungszeitraum auch durch die Expansion von überwiegend staatlich beeinflussten Bereichen verstärkt. Es sind die Aufgabengebiete Bildung, Gesundheit sowie Innere Sicherheit und Ver-

teidigung. Die Ausweitung der Zahl der Lehrer um fast ein Drittel hat ihre Ursachen in einer außerordentlich gestiegenen Bildungsbeteiligung, dem Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Bildungssystem sowie in einer verbesserten Schüler-Lehrer-Relation.

Im Gesundheitswesen waren 1982 über eine Million Personen beschäftigt; das sind 40 v. H. mehr als 1973. Besonders kräftig war mit einer viertel Million die Ausweitung bei den nicht-akademischen Gesundheitsdienstberufen. Deren Arbeitsmarktposition war allerdings nur noch geringfügig besser als die des Durchschnitts aller Berufe. Darüber hinaus ist 1983 die Arbeitslosenzahl um ein Drittel gegenüber 1982 angestiegen; mittlerweile ist fast die Hälfte von ihnen jünger als 25 Jahre und je zwanzig bewerben sich um eine offene Stelle. Das Neuangebot an Arbeitskräften übersteigt die Aufnahmefähigkeit dieses expansiven Bereichs bei weitem.

Die „Technische Elite“ (Ingenieure, Techniker, Werkzeugmacher) gehört neben den genannten Dienstleistungsberufen zu denen, die bei steigender Beschäftigung und weit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit von der Veränderung der Tätigkeitsstrukturen profitiert hat. Dies ist nicht nur auf die starke Position technikintensiver Branchen, sondern vor allem auf die wachsende Bedeutung der Technik in vielen Einsatzbereichen zurückzuführen.

In die Positionszuweisung geht die amtlich registrierte Arbeitslosigkeit als wesentlicher Indikator ein. Zu beachten ist, daß gerade in Berufen mit hohem Akademiker- oder Selbständigenanteil die Dunkelziffer höher sein kann als im Durchschnitt. Dies kann auf unterwertige Beschäftigung sowie auf Arbeitsuche ohne Einschaltung des Arbeitsamtes zurückzuführen sein.

Unter *Angebotsdruck* sind Berufe, in denen die Ausweitung der Beschäftigung mit dem Angebot an Arbeitskräften nicht Schritt halten konnte, so daß die Arbeitslosenquote — z. T. beträchtlich — über dem Durchschnitt lag. Dieser Gruppe gehörten 1982 10 v. H. der Erwerbstätigen aus sehr unterschiedlichen Berufen an. Besonders kraß ist die Situation bei den sozialpflegerischen Berufen (Sozialarbeiter und Kindergärtnerinnen), wo die Arbeitslosenquote trotz einer Verdoppelung der Erwerbstätigkeit über 10 v. H. beträgt. Ähnlich schlecht ist die Situation bei den Gartenbauern, Speisenspezialisten (Köche) und technischen Zeichnern, wo über ein Drittel der Arbeitslosen Jugendliche sind, die — meist nach der Ausbildung — keine Beschäftigung finden können.

Tabelle 3:

Angebotsdruck

Berufe	Erwerbstätige 1982 ¹⁾	Berufsgewicht 1982 ²⁾
05 Gartenbauer	155	0,6
28 Mechaniker	469	1,9
30 Metallfeinbauer u. zugeord. Berufe	78	0,3
41 Speisenbereiter	255	1,0
63 Technische Sonderfachkräfte	175	0,7
79 Dienst-, Wachberufe	239	1,0
83 Künstler u. zugeordnete Berufe	143	0,6
86 Sozialpflegerische Berufe	314	1,3
93 Reinigungsberufe	689	2,8
zusammen	2 517	10,1

¹⁾ Erwerbstätige (Mikrozensus), ohne Lehrlinge

²⁾ Anteil des Berufs an allen in v.H.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Aber auch in qualifizierten technischen Berufen wie Metallfeinbauer und Mechaniker, in denen die Zahl der Beschäftigten bis 1980 noch zugenommen hatte, stagniert seitdem die Beschäftigung. Die Expansion der Lehrlingsausbildung hat auch in diesen Berufen das Neuangebot weit über den Ersatzbedarf steigen lassen; 1983 waren 56 v.H. der arbeitslosen Mechaniker jünger als 25 Jahre, 50 Arbeitslose kamen auf eine offene Stelle.

Eine *kritische* Arbeitsmarktposition kennzeichnet Berufe, deren Bedeutung im Strukturwandel zurückgeht, ohne daß dabei bis 1982 überdurchschnittliche Arbeitsmarktp Probleme sichtbar wurden. Dieser Gruppe gehörte 1982 etwa jeder fünfte Erwerbstätige an. Durch berufliche Flexibilität und sinkendes Neuangebot blieb die Arbeitslosenquote bis 1982 unter dem Durchschnitt. Allerdings ist die Aussagekraft der Daten vor allem in landwirtschaftlichen Berufen sowie bei den Hilfsarbeitern wegen systematischer Untererfassung der Arbeitslosigkeit eingeschränkt. Von Gewicht sind in dieser Gruppe vor allem Verkehrsberufe sowie einige metallverformende Berufe (Schlosser, Dreher sowie Schmiede) und die Maschinisten.

War noch bis 1982 die Schrumpfung der Beschäftigung in dieser Gruppe nur von durchschnittlicher Arbeitslosigkeit begleitet, verschlechterte sich die Situation 1983 besonders bei den Metallverformern, den Schmieden und Schlossern so stark, daß diese nunmehr überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Tabelle 4:

Kritische Arbeitsmarktsituation

Berufe	Erwerbstätige 1982 ¹⁾	Berufsgewicht 1982 ²⁾
01 Landwirte	577	2,3
02 Tierzüchter, Fischereiberufe	9	0,0
(04 Landw. Arbeitskräfte, Tierpfleger)	531	2,1
07 Bergleute	103	0,4
10 Steinbearbeiter	22	0,1
14 Chemiarbeiter	217	0,9
22 Metallverformer (spanend)	240	1,0
25 Schmiede	28	0,1
27 Schlosser	746	3,0
42 Getränke-, Genußmittelhersteller	27	0,1
(53 Hilfsarbeiter o. nähere Angabe)	945	3,8
54 Maschinisten u. zugehörige Berufe	343	1,4
71 Berufe des Landverkehrs	891	3,6
73 Berufe des Nachrichtenverkehrs	177	0,7
zusammen	4 857	19,6

¹⁾ Erwerbstätige (Mikrozensus), ohne Lehrlinge

²⁾ Anteil des Berufs an allen in v.H.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Über ein Viertel der Erwerbstätigen waren 1982 in Berufen mit *ungünstiger* Arbeitsmarktposition beschäftigt, d.h. Arbeitsplatzabbau und hohes Arbeitskräfteangebot führte in diesen Berufen zu weit überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten.

In der Vielzahl von Berufen — mit z.T. nur wenigen Erwerbstätigen — überwiegen diejenigen mit geringem Bildungsniveau. Besonders weit über dem Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei den Metallberufen mit geringer Qualifikationsanforderung (Montierer), aber auch die anderen Metallberufe hatten eine ungünstige Arbeitsmarktposition. Die absolut und relativ größten Beschäftigungseinbußen mußten die Berufe der Textilherstellung und -verarbeitung hinnehmen, deren Branche sich im Gefolge des internationalen Wettbewerbs nicht im Strukturwandel behaupten konnten. Berufe des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes unterliegen besonders den Schwankungen der Baukonjunktur. Der erhebliche Beschäftigungsrückgang gegenüber 1973 sowie die besonders bei Unqualifizierten außerordentlich hohe Arbeitslosenquote ist aber nicht nur auf ein augenblickliches Tief der Bautätigkeit, sondern vielmehr auf Sättigungstendenzen zurückzuführen. Al-

Tabelle 5:
Ungünstige Arbeitsmarktposition

Berufe	Erwerbs- tätige 1982 ¹⁾	Berufs- gewicht 1982 ²⁾
03 Fachkräfte in der Land- wirtschaft und Tierzucht	11	0,0
08 Mineral-, Erdöl-, Erdgas- gewinner	9	0,0
11 Baustoffhersteller	17	0,1
12 Keramiker	30	0,1
13 Glasmacher	36	0,1
15 Kunststoffverarbeiter	49	0,2
16 Papierhersteller, -ver- arbeiter	53	0,2
17 Drucker	144	0,6
18 Holzaufbereiter, -waren- fertiger u. a.	54	0,2
19 Metallherzeuger, Walzer	57	0,2
20 Former, Formgießer	39	0,2
21 Metallverformer (spanlos)	56	0,2
23 Metalloberflächen- bearbeiter	36	0,1
24 Metallverbinder	144	0,6
26 Feinblechner, Installa- teure	217	0,9
32 Montierer und Metall- berufe, a. n. g.	300	1,2
33 Spinnberufe	26	0,1
34 Textilhersteller	42	0,2
35 Textilverarbeiter	291	1,2
36 Textilveredler	17	0,1
37 Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	93	0,4
39 Back-, Konditorwaren- hersteller	96	0,4
40 Fleisch-, Fischverarbeiter	113	0,5
43 Übrige Ernährungsberufe	29	0,1
44 Maurer, Betonbauer	394	1,6
45 Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	151	0,6
46 Straßen-, Tiefbauer	102	0,4
47 Bauhilfsarbeiter	123	0,5
48 Bauausstatter	115	0,5
49 Raumausstatter, Polsterer	41	0,2
50 Tischler, Modellbauer	271	1,1
51 Maler, Lackierer u. a.	243	1,0
52 Warenprüfer, Versand- fertigmacher	365	1,5
68 Warenkaufleute	1 847	7,4
74 Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	476	1,9
90 Körperpfleger	162	0,7
91 Gästebetreuer	348	1,4
92 Hauswirtschaftliche Berufe	163	0,7
zusammen	6 761	27,2

¹⁾ Erwerbstätige (Mikrozensus), ohne Lehrlinge

²⁾ Anteil des Berufs an allen in v.H.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

lerdings ist 1983 die Arbeitslosigkeit in den Bauberufen nur noch wenig angestiegen und die Relation von Arbeitslosen und offenen Stellen hat sich wieder verbessert. Durch diese konjunkturelle Erholung ändert sich aber die Tendenz der längerfristigen Entwicklung nicht. Der Beruf mit der größten Zahl von Arbeitsplätzen (1,8 Millionen 1982) — die Warenkaufleute — hatte zwar 1982 fast noch genauso viele Erwerbstätige wie 1973. Aber besonders im Einzelhandel dürfte bei fortschreitender Teilzeitarbeit sich hinter der fast gleichbleibenden Personenzahl ein erheblich verringertes Arbeitsstundenvolumen verbergen. Dieser Berufsbereich ist von großer Bedeutung für die Ausbildung und Beschäftigung von Frauen; daher ist der Anstieg des Anteils der jungen Arbeitslosen (unter 25 Jahre) auf 40 v. H. aller Arbeitslosen (1983) besonders problematisch. Lager- und Transportarbeiter sowie Warenprüfer und Versandfertigtmacher werden häufig gering qualifizierte Erwerbstätige in der Spätphase ihres Erwerbslebens; die Anzahl der Arbeitsplätze ist nur um ca. 10 v. H. zurückgegangen, aber die Arbeitslosenquote lag erheblich über dem Durchschnitt. Bei stagnierender Beschäftigung war die Arbeitslosenquote der Friseure — bei steigender Tendenz — hoch. In diesem Beruf ist der Anteil der Jugendlichen 1983 mit fast 75 v. H. bei den Frauen so hoch gewesen wie in keinem anderen Beruf. Die Sackgasse einer Ausbildung ohne Erwerbsaussichten wird hieraus deutlich.

In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion wurde immer wieder die These vom Facharbeitermangel bei gleichzeitigem Überangebot an falsch oder zuwenig qualifizierten Arbeitskräften aufgegriffen. Der Frage nach der Existenz einer Fachkräftelücke kann hier nicht detailliert nachgegangen werden²⁾. Die Analyse der Arbeitsmarktpositionen der Berufe gibt aber einige Aufschlüsse dazu. Deutlich wurde, daß die typischen Facharbeiterberufe entweder zunehmende Nachfrage bei gleichzeitig überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und geringer Zahl offener Stellen aufwiesen oder sogar kritische und ungünstige Arbeitsmarktpositionen mit deutlichem Angebotsüberhang hatten. Ein Mangel konnte also für keinen der berufsfachlichen Teilarbeitsmärkte festgestellt werden. Allerdings können durchaus regionale Ungleichgewichte bestehen, die bei der oben angestellten Durchschnittsbetrachtung nicht sichtbar werden.

²⁾ Vgl. ebenda.

2. Anmerkungen zur absehbaren Entwicklung

Die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt ist nur mit großer Unsicherheit vorauszuschätzen. Bisherige Erfahrungen und auch ein Vergleich der Bandbreite in aktuell vorliegenden Langfristprognosen lassen es angeraten erscheinen, nicht „präzise“ Schätzwerte zu betrachten, sondern vielmehr die Trends und Arbeitsmarktkonstellationen in den Vordergrund zu stellen, die sich übereinstimmend aus den Prognosen ablesen lassen. Diese Aussagen beziehen sich überwiegend auf globale, nicht nach Arbeitsmarktsegmenten differenzierte Größen des Arbeitsmarktes und des Beschäftigungssystems (Produktion, Produktivität, Erwerbspersonenpotential, Ausländerwanderungen, Erwerbsverhalten u. a.). Der Einfluß technischer Änderungen geht nur indirekt — über die Schätzung der Produktivitätsentwicklung — in die Prognosen ein. Auswirkungen künftiger, z. T. noch nicht bekannter Techniken sind kaum zu erfassen. Auch überraschende, nichtsdestoweniger aber mögliche Ereignisse wie weitere außerordentliche Energiepreiserhöhungen, Einflüsse einer sich zuspitzenden Umweltkrise oder Kriege sind in diesen Szenarien nicht enthalten. Zusammenfassend können folgende Annahmen und Tendenzen aus heutiger Sicht formuliert werden:

— Das reale wirtschaftliche Wachstum wird auf absehbare Zeit nicht das Tempo erreichen, das nötig wäre, um annähernd Vollbeschäftigung zu erreichen.

— Die Produktivitätsfortschritte dürften über dem Produktionszuwachs liegen und somit weiterhin die Einsparung von Arbeit möglich machen.

— Die Erwerbsbeteiligung und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften geht auch bei anhaltender Arbeitslosigkeit nicht zurück.

— Jugendliche aus geburtenstarken Jahrgängen mit überwiegend hoher formaler Qualifikation sowie junge Ausländer der „zweiten und dritten Generation“ vergrößern das Arbeitskräfteangebot bis in die neunziger Jahre.

— Neue Techniken in Produktion, Verwaltung und Kommunikation werden im kommenden Jahrzehnt breitere Anwendung finden als bisher.

— Eine Arbeitszeitverkürzung in Form und Ausmaß, wie sie gegenwärtig diskutiert wird, kann zwar allein nicht einen nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit bewirken, aller-

dings weiteren Entlassungen entgegenwirken.

Die Anhebung des Qualifikationsniveaus des Arbeitskräfteangebots bei gleichzeitig hohem Niveau der Arbeitslosigkeit und stagnierender oder gar sinkender Beschäftigung wird die Dynamik des Arbeitsmarktprozesses weitgehend bestimmen³⁾:

— Die Hürden im Wettlauf um begehrte Arbeitsplätze⁴⁾ werden höher, d. h. die Anforderungen steigen und die wettbewerbsschwachen Teilnehmer werden abgedrängt;

— akademische Abschlüsse sind keine Eintrittskarte mehr für einkommens- und statusprivilegierte Arbeitsmärkte; die Massenhaftigkeit akademischer Ausbildung verändert die bisherige Eliteposition akademischer Beschäftigung; Abschottungsversuche einzelner berufsständischer Vertretungen werden das nicht verhindern können;

— Arbeitsmarktrisiken werden sich weiterhin bei benachteiligten Gruppen kumulieren. Die Dreiteilung des Erwerbssystems in ein sicheres Beschäftigungssegment, ein unsicheres Segment mit Wechsel von Arbeitslosigkeit und kurzzeitiger Beschäftigung sowie in ein Segment, das die dauerhaft abgedrängten Erwerbspersonen („Stille Reserve“) aufnimmt, wird sich unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit weiter verfestigen.

Die Entwicklung dieser globalen Größen wird von weiteren Strukturverschiebungen begleitet sein, die allerdings noch weniger zuverlässig vorzusehen sind als die globale Entwicklung. In einigen Langfristprognosen wird die künftige Entwicklung auch nach Branchen differenziert; eine Fortführung dieser Ansätze bis hin zu der personen- und qualifikationsbezogenen Kategorie Beruf wird nicht vorgenommen. Deshalb kann im folgenden nur ein Teilaspekt der künftigen Entwicklung berufsfachlicher Arbeitsmärkte dargestellt werden. Dies sind erstens die Strukturentwicklung beim Neuangebot an Arbeitskräften und zweitens die Struktur der Abgänge aus dem Erwerbsleben, die die Obergrenze des Ersatzbedarfs und damit die Chancen der jungen Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt beeinflussen.

³⁾ Vgl. dazu C. F. Büchtemann, Der Arbeitslosigkeitsprozeß. Theorie und Empirie struktureller Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: W. Bonß/R. G. Heinze (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/Main 1984.

⁴⁾ Vgl. F. Hirsch, Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek bei Hamburg 1980.

3. Neuangebot an Erwerbspersonen und Abgänge aus dem Erwerbsleben

Die geburtenstarken Jahrgänge haben die erste Schwelle, den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung erreicht. Dabei gibt es weiterhin trotz der erheblichen Ausweitung der Lehrstellenzahl eine nicht unerhebliche Unterversorgung sowie eine Überbetonung der Quantität in der Berufsausbildung. Die Qualität, gemessen an den Inhalten der Ausbildung und an den Schwerpunkten unter den Ausbildungsberufen, tritt hinter dem Mengenproblem zurück. Der Lehrlingsboom wird gegen 1988 wohl seinen Höhepunkt überschreiten. Allerdings werden heute bereits, nachdem die ersten starken Jahrgänge ihre Ausbildung abgeschlossen haben, die Probleme an der zweiten Schwelle sichtbar: der Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung gerät ins Stocken.

Am anderen Ende der Alterspyramide finden Abgänge aus dem Erwerbsleben statt, deren Umfang durch Tod, Invalidität oder Bezug von Rente bestimmt wird. Die Zahl der Abgänge bestimmt — *ceteris paribus* — die Obergrenze eines potentiellen Ersatzbedarfs. Neuzugänge und Abgänge sind zwei Komponenten aus dem komplexen Arbeitsmarktgeschehen, in dem sich der Strukturwandel vollzieht. Betrachtet man diese beiden Komponenten isoliert, so können die berufsfachlichen Teilarbeitsmärkte festgestellt werden, in denen Neuangebot und Ersatzbedarf künftig weit auseinanderklaffen werden. Daraus kann keine Prognose künftiger Arbeitsmarktungleichgewichte „kurzgeschlossen“ werden; weitere Einflußgrößen und vielfältige Anpassungsreaktionen überlagern die Diskrepanz von Neuangebot und Ersatzbedarf. Dazu gehören z. B.

— eine Veränderung des Erwerbsverhaltens in Abhängigkeit von der aktuellen Arbeitsmarktlage. Dies könnte sich bei Frauen in eine Abdrängung in die „Alternativrolle Hausfrau“ und bei Ausländern durch die Rückwanderung ergeben;

— der Wechsel des erlernten Berufs. Besonders die im Handwerk ausgebildeten Fachkräfte wechseln nicht nur den erlernten Beruf, sondern oft auch in den Status⁵⁾ des An- oder Ungelernten. Dabei wird unter dem Gesichtspunkt von Einkommen und sozialem Status der Wechsel oft als Verbesserung der Situation und nicht als erzwungene Reaktion auf Engpässe am Arbeitsmarkt gesehen;

— die Veränderung der Tätigkeitsstrukturen bei technischen Änderungen, die zu einer Neubesetzung freigewordener Arbeitsplätze an anderer Stelle führen.

Für die Vorausschätzung des Neuangebots an nicht-akademischen Fachkräften von 1980 bis 1990 wurde von folgenden Annahmen ausgegangen:

— Die jährliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird bis 1985 auf ca. 725 000 ansteigen und nur langsam bis 1988 auf ca. 690 000 abnehmen.

— Die Verteilung der neuen Ausbildungsverträge auf die Ausbildungsberufe weicht von der Struktur des Jahres 1982 nicht ab. Sollten immer mehr Abiturienten eine Lehre anstreben, würde sich die Lehrstellensituation vor allem in den ohnehin begehrten Dienstleistungsberufen weiter verschlechtern. Diese Einflüsse werden im folgenden ausgeklammert.

— Nach einer Ausbildungszeit zwischen zwei und drei Jahren werden ca. 92 v. H. der Lehrlinge die Prüfung bestehen.

Daraus ergibt sich ein maximales Neuangebot an Fachkräften von ca. 6,6 Millionen Personen.

Die Abgänge aus dem Erwerbsleben wurden auf der Basis der Mikrozensusdaten von 1980 unter Verwendung der Abgangsschätzung des IAB⁶⁾ geschätzt. Daraus ergab sich für die Summe der Berufe, in denen Lehrlinge ausgebildet werden, ein Abgang von ca. 5 Millionen Erwerbstätigen zwischen 1980 und 1990. Das maximale Neuangebot in Facharbeiterberufen liegt also um ca. 1,6 Millionen über den Abgängen. In den einzelnen Berufen nimmt der Saldo von Zu- und Abgängen sehr unterschiedliche Werte an.

Geburtenstarke Jahrgänge und steigende Bildungsbeteiligung haben nicht nur die Lehrlingszahlen, sondern — zeitlich verzögert — auch die Studentenzahlen rasch ansteigen lassen. Die zweite Schwelle, den Eintritt ins Beschäftigungssystem, wird die Mehrzahl der Akademiker erst in den neunziger Jahren erreichen. Aber auch zwischen 1980 und 1990 werden nach einer Schätzung der Kultusministerkonferenz ca. 1,6 Millionen Personen eine

⁵⁾ H. Bloß/E. Hoffmann, Abgänge sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer von 1980 bis 1985 und 1990, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (1982) 4, S. 450 ff.; E. Hoffmann, Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Basisstrukturen 1980 und Abgänge aus dem Erwerbsleben bis 1985 und 1990, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 81, Nürnberg 1983.

⁶⁾ L. Alex u. a., Qualifikation und Berufsverlauf, Berlin 1981.

Hochschulprüfung ablegen. Die Größenordnung dieser Zahl wird klar, wenn man sich vor Augen hält, daß 1982 insgesamt ca. 2,3 Millionen Personen mit akademischem Abschluß erwerbstätig waren. Viele davon sind relativ jung, so daß die Zahl der Abgänge bis 1990 unter 0,5 Millionen liegen dürfte.

Um über die Verteilung des Neuangebots an Hochschulabsolventen auf die Fachrichtungen Anhaltspunkte zu gewinnen, wurden vereinfachende Annahmen getroffen:

— Die Fachrichtungsstruktur der Hochschulabsolventen entspricht der Fachrichtungsstruktur der Studienanfänger von 1982;

— der Anteil der Studenten in den einzelnen Fachrichtungen, die 1982 mit dem Ziel des Lehramtes studieren, bestimmt auch den Anteil der Absolventen mit Lehramt. Ein weiterer Rückgang des Anteils der Lehrerstudenten unter das Niveau von 1982 ist aber möglich, so daß diese Schätzung eine Obergrenze angibt.

Drei von zehn Absolventen werden in den Fachrichtungen der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften ausgebildet sein; diese haben bisher den größten Teil an der Expansion der Hochschulen getragen. Die zweitgrößte Gruppe werden — entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil — die Fachrichtungen der Ingenieurwissenschaften stellen. Zwar waren die technischen Fachrichtungen zeitweilig Schlußlichter der Hochschulexpansion, aber die in jüngerer Zeit zu beobachtende (vorrangig von den Arbeitsmarktperspektiven beeinflusste) Hinwendung zur Ingenieurausbildung läßt ein erheblich steigendes Neuangebot erwarten. Damit dürften sich auch Befürchtungen um eine ausreichende Versorgung mit qualifiziertem Nachwuchs beruhigen.

Im Vergleich zur starken Expansion anderer Fächer dürften die Naturwissenschaften und die Mathematik relativ an Bedeutung einbüßen. Die Ausnahme unter diesen Fachrichtungen bildet die Informatik. Allerdings stellt dieser relative Rückgang in einem insgesamt wachsenden System immer noch ein Neuangebot von über 25 000 Akademikern pro Jahr dar. Auf die Situation der Lehramtsstudenten wird noch gesondert hingewiesen.

4. Zur künftigen Entwicklung in berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten

Im folgenden werden die einzelnen Berufe in der Reihenfolge untersucht, zu der sie bei der Ermittlung ihrer Arbeitsmarktposition zusammengestellt wurden. Die Gegenüberstellung

von Neuangebot und Abgängen wird als Saldo bezeichnet.

Zur künftigen Entwicklung der Berufe, die in der Vergangenheit eine günstige Arbeitsmarktposition hatten, ist folgendes anzumerken: Im Bürobereich (Rechnungskaufleute, EDV-Fachleute, Bürofach- und hilfskräfte) haben sich im vergangenen Jahrzehnt bestehende Rationalisierungspotentiale erst teilweise erschließen lassen. Der Saldo weist einen erheblichen Überschuß an Abgängen aus, so daß selbst bei stagnierender Beschäftigung in diesem Bereich kein Angebotsdruck entstehen dürfte. Der künftige Gesamtbedarf wird hier stark von der Automation und ihrer Diffusionsgeschwindigkeit beeinflusst. Das „papierlose“ und personalarme Büro wurde früher schon für den Anfang der achtziger Jahre annonciert; mittlerweile wird dieses Ziel erst um die Jahrtausendwende für erreichbar gehalten. Bei dem künftig zu erwartenden Einsatz von Text- und Datenverarbeitung auch in Klein- und Mittelbetrieben dürfte der Bedarf an qualifiziertem Personal eher ansteigen. Vor allem Akademiker ohne Aussichten auf ausbildungsadäquate Arbeitsplätze können in diesen „Weiße-Kragen-Jobs“ das Angebot wesentlich vergrößern. Allerdings werden die Systeme so komfortabel werden, daß dann Sachbearbeiter auf der Anwenderebene sowohl EDV-Spezialisten als auch gering qualifizierte Zuarbeiter verdrängen können.

Bei den Bank- und Versicherungskaufleuten übersteigt das Neuangebot die Abgänge um mehr als das Doppelte. Ob die neuen Fachkräfte Beschäftigung finden werden, hängt von den Arbeitsplatzwirkungen neuer Techniken ab. Im Vordergrund dürften hier automatische Buchungssysteme, die direkt vom Kunden, eventuell in Verbindung mit den Leistungen der „Bildschirmtext“-Anlagen, bedient werden, stehen. Allerdings könnten bei der Kundenberatung neue Arbeitsschwerpunkte entstehen, die eine Einsparung von Personal nicht zulassen. Der Bedarf an Beratungsleistung wird durch den Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, durch die gewachsene Vielfalt der Anlageformen und durch die Tendenz zu kürzeren Anlagefristen gesteigert.

Einen Sonderfall bildet der künftige Bedarf an Lehrern; er wird in Abhängigkeit von notwendiger bzw. erwünschter Schüler-Lehrer-Relation sowie von der Möglichkeit und Bereitschaft zu ihrer Finanzierung definiert. Der Lehrerberarf ist also eine politisch zu entscheidende Größe. Entsprechend groß ist die Bandbreite in den vorliegenden Schätzungen.

Nimmt man an, daß bis 1990 in der Sekundarstufe II noch ein Nachholbedarf besteht, die heute noch unbefriedigende Versorgung weiter verbessert werden soll und die Expansion des Hochschulsektors auch einen Mehrbedarf an Lehrpersonal mit sich bringt, so werden den ca. 130 000 Lehrern, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden, mindestens 75 000 Neueinstellungen gegenüberstehen müssen. Fast 200 000 Absolventen dürften in dieser Zeit allerdings nach einer Stelle suchen, so daß eine gravierende Lehrerarbeitslosigkeit vorprogrammiert ist. Daran wird auch die mittlerweile starke Abkehr der Studienanfänger vom Lehramt nichts ändern. In einer einschneidenden Sparpolitik und einer restriktiven Einstellungspraxis könnte allerdings schon der Keim zur nächsten zyklischen Ungleichgewichtssituation liegen, die über die Stationen „Rückgang der Lehrerausbildung“ — „Überalterung des Lehrbestandes“ auf lange Sicht zu einem neuen Lehrermangel führen könnte.

Der künftige Bedarf an Ingenieuren und die Möglichkeiten zu seiner Deckung ist ständig Gegenstand meist kontroverser Diskussion. Auch zwischen den jeweiligen Fach- und Interessenverbänden schwankt die Einschätzung zwischen „Ingenieurmangel“ und „Ingenieurüberschuß“; binnen eines halben Jahrzehnts wurden Vorzeichen und Größenordnung von Prognosen umgekehrt⁷⁾. Auch Unternehmensbefragungen über die heutige Versorgungslage und die Einschätzung des künftigen Bedarfs liefern unterschiedliche Szenarien. Die Befürchtungen, den künftigen Herausforderungen der technischen Entwicklung wegen eines Mangels an Ingenieuren nicht gewachsen zu sein, wurden vor allem durch rückläufige Studienanfängerzahlen genährt. Diesen Fehlprognosen soll keine weitere hinzugefügt werden; aber schon ein Blick auf die neuen Studienanfängerzahlen zeigt, daß die als „Technikfeindlichkeit“ apostrophierte unterdurchschnittliche Zunahme der Zahl der Ingenieursstudenten der Vergangenheit angehört. Gerade die für zukunftssträftig gehaltenen Fachrichtungen Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik haben mittlerweile so viel Zulauf, daß in absehbarer Zeit ein kräftig steigendes Neuangebot auf den Arbeitsmarkt treten wird. Auch für einen steigenden Bedarf wächst hier das Angebot heran. Allerdings gilt diese positive Einschätzung nicht für alle Ingenieurfachrichtungen.

Bei den Architekten und Bauingenieuren hängen die Beschäftigungsaussichten wesentlich von der weiteren Entwicklung der Baubranche ab.

Für die nicht-akademischen Gesundheitsdienstberufe wird sowohl im Dualen System, d. h. bei den Freien Berufen, als auch im Rahmen der Fortbildung in den Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet. Der Saldo dürfte mit über einer viertel Million nur dann nicht zu erheblichem Überangebot führen, wenn das bisherige Expansionstempo beim Personal beibehalten wird. Die Bemühungen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen lassen das aber eher unwahrscheinlich werden.

Bei den Elektrikern weist der Saldo wegen der gesteigerten Ausbildungszahlen einen Überschuß von fast einer halben Million aus. Hier dürfte sich, zumal bei weiter stagnierender Baukonjunktur, erheblicher Anpassungsbedarf einstellen; dies trifft auch auf die Werkzeugmacher zu. Der Beruf des Technikers wird vorrangig nach Fortbildungsmaßnahmen erreicht. Startberufe dieses Aufstiegs sind z. B. Schlosser, Mechaniker, Werkzeugmacher, Elektriker u. ä. Dies ist ein Beispiel für Berufsverläufe, die einen Wechsel des erlernten Berufs beinhalten. Sie stellen einen Teil der erwähnten vielfältigen Flexibilitätsbeziehungen im Beschäftigungssystem dar, die eine schlichte Saldierung von Neuangebot und Abgängen unmöglich machen.

Unter den Berufen, die in der Vergangenheit unter Angebotsdruck standen, zeichnet sich besonders bei den Mechanikern und den technischen Sonderfachkräften eine künftig verstärkte Notwendigkeit zur Anpassung ab — der Saldo weist einen erheblichen Überschuß aus. Auch bei den Gartenbauern werden auf einen Abgänger zwei Anfänger kommen.

In der Gruppe mit kritischer Arbeitsmarktposition ist bei den Schlossern das Verhältnis von Abgängen und Neuangebot mit einem Saldo von über 200 000 Personen besonders schlecht. Dagegen werden für den erst jungen Lehrberuf des Kraftfahrers nicht annähernd so viele Personen ausgebildet, daß die Abgänge ersetzt werden könnten. Hier handelt es sich um einen Beruf, der als Auffangbecken für Facharbeiter aus einer Vielzahl von Berufen dient.

Unter den Berufen, die in der Vergangenheit eine ungünstige Arbeitsmarktposition hatten, fallen einige der traditionellen Ausbildungsberufe durch einen hohen positiven Saldo auf; die verstärkte Ausbildung wird hier einen erheblichen Anpassungsdruck, wahrscheinlich

⁷⁾ M. Tessaring, Evaluation von Bildungs- und Qualifikationsprognosen insbesondere für hochqualifizierte Arbeitskräfte, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (1980) 3, S. 395.

meist mit Berufswechsel verbunden, beim Übergang in die Beschäftigung nach sich ziehen. Es sind die Fertigungsberufe Installateur, Bäcker, Zimmerer, Tischler und Maler. Bei den Dienstleistungsberufen weisen vor allem die Warenkaufleute — das sind überwiegend Verkäuferinnen — ein erhebliches Überangebot auf. Gerade im Handel dürften bei fortschreitender Konzentration, dem Wirken arbeitsorganisatorischer Rationalisierungsmaß-

nahmen und steigender Nutzung flexibler Arbeitszeiten sowie durch den Einsatz von neuen Techniken (Scanner-Kassen) weitere Personaleinsparungen möglich sein. Davon sind in besonderem Maße Frauen betroffen. Auch bei den Friseuren ist die Zahl der Personen, die ausgebildet werden, dreimal so hoch wie die derjenigen, die aus dem Erwerbsleben — unter Berücksichtigung von Phasenerwerbstätigkeit — ausscheiden.

Ausblick

Dem wirtschaftlichen Strukturwandel und seinen künftigen Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung wird in der Diskussion häufig ein weiterer Veränderungsbereich zur Seite gestellt: der Wertewandel. Das Spektrum, in dem dieser Wandel konstatiert wird, reicht von Stichworten wie Eigenarbeit, Schattenwirtschaft, Alternativer Sektor bis hin zum „Ende der Arbeitsgesellschaft“ und ihrer Umwandlung in eine „Freizeitgesellschaft“. Gemeinsam ist diesen Ansätzen — bei allen Unterschieden — die Vermutung, daß für große Teile der Bevölkerung die heute noch starke Orientierung an der institutionell geregelten, im „offiziellen“ Bereich organisierten Erwerbsarbeit zurückgehen wird. Als Indiz dafür werden z. B. Veränderungen in der subjektiven Wertschätzung von Berufstätigkeit — besonders bei der nachwachsenden Erwerbsgeneration — angeführt. Auch die „Schattenwirtschaft“ wird als Forschungsgegenstand wiederentdeckt. Diese Überlegungen knüpfen an utopisch anmutende Entwürfe der fortgeschrittenen Industriegesellschaft an, in denen der arbeitsparende technische Fortschritt die Produktion eines hohen Lebensstandards für alle beim Einsatz von immer weniger Lebenszeit als Arbeitszeit möglich machen sollte.

Sowohl die Erhöhung des materiellen Versorgungsniveaus und verminderte subjektive Wertschätzung von Berufsarbeit als auch der langfristige Trend zur Arbeitszeitverkürzung erhalten aber im Lichte der künftig hohen Arbeitslosigkeit eine weitere Dimension: die

Verteilung von Arbeit. Festzuhalten ist erstens, daß entgegen den subjektiven Einschätzungen die tatsächliche Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weiter angestiegen ist und zweitens Erwerbsarbeit für die Vielzahl der Arbeitnehmer die einzige Einkommensquelle darstellt. Ein tragfähiger alternativer Sektor existiert — zumal in Abhängigkeit vom Staat — nur für eine verschwindende Minderheit. Die Zuweisung materieller und subjektiver Positionen in der Gesellschaft wird auch künftig fast überwiegend im Bereich der Erwerbsarbeit erfolgen. Damit zerschlagen sich m. E. Hoffnungen auf die entlastende Wirkung von Wertewandel und „alternativer Ökonomie“ bei der gesellschaftlichen Bewältigung langandauernder Massenarbeitslosigkeit. In einer eher pessimistischen Sicht werden verschärfte Verteilungskämpfe im enger werdenden Sektor der Erwerbsarbeit zu einer Abdrängung der Schwächeren nicht in „Alternativrollen“, sondern in die Alternativlosigkeit führen. Eine Teilung der Erwerbsgesellschaft in einen „vollbeschäftigten“ Bereich, der vom Überangebot an Arbeitskräften und dessen Folgen profitiert, und in einen „Randbereich“ mit kurzfristiger, meist unterwertiger Beschäftigung, kumulativen Arbeitsmarktrisiken und geringem Lebensstandard scheint wahrscheinlicher als die solidarische Bewältigung von Strukturwandel. Neuere Forschungsergebnisse zur Kumulation von Arbeitsmarktrisiken in der Bundesrepublik, aber auch der Blick in Länder mit großen, benachteiligten Minderheiten geben Anschauungsmaterial für die pessimistische Variante.

Industriearbeit im Umbruch

Versuch einer Voraussage

Vorbemerkung

Auf dem diesjährigen Soziologentag wurden die zentralen Befunde aus einem am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) von den Verfassern durchgeführten Forschungsprojekt zur Rationalisierungsentwicklung seit Mitte der sechziger Jahre vorgestellt. In der Untersuchung geht es nicht nur um die historischen Verlaufsformen der Rationalisierung, gewagt wird auch eine Prognose der weiteren Entwicklung. Das dafür erarbeitete Verfahren wird als „theoretisch angeleitete und empirisch gestützte Bandbreitenbestimmung“ gekennzeichnet. „Theoretisch angeleitet“, weil Bezug genommen wird auf eine Theorie, die von der Unterscheidung zwischen Logik und Formen kapitalistischer Rationalisierung ausgeht: die Verwertungsprämisse ist konstant, ihre bestmögliche Ein-

lösung schließt aber auch grundlegenden Formenwandel nicht aus. „Empirisch gestützt“, weil der Nachweis einer beginnenden Ablösung der alten Formen durch neue Produktionskonzepte mit empirischen Mitteln geführt wird. Der Begriff der „Bandbreite“ soll Felder und Grenzmarken abstecken, innerhalb derer die weitere Entwicklung zu erwarten ist, und grenzt die getroffenen Voraussagen ab gegenüber eindeutiger Prognose im Sinne der definitiven Behauptung einer bestimmten Entwicklungslinie.

Die Empirie der Untersuchung lag schwerpunktmäßig in der Automobilindustrie, dem Werkzeugmaschinenbau und der großchemischen Industrie, d. h. in drei zum Kernbereich der Wirtschaft gehörenden Branchen.

I. Neue Produktionskonzepte

In den industriellen Kernsektoren vollzieht sich vor unseren Augen ein grundlegender Wandel in der Nutzung der Arbeitskräfte. Zu beobachten ist ein Umdenken in der Arbeitsgestaltung, der Ausbildungs- und Personalpolitik sowie im Arbeitseinsatz. Man kann in diesem Zusammenhang durchaus von einem arbeitspolitischen Paradigmenwechsel in den Betrieben des industriellen Kernbereichs sprechen. Dieser steht im Zusammenhang mit jenem umfassenden Gesamtprozeß, den wir als das Aufkommen neuer Produktionskonzepte bezeichnet haben und der uns deshalb so bemerkenswert erscheint, weil seine Wirkungen auf die Arbeit der Rationalisierung eine neue Gestalt geben.

Dieser Wandel ist bisher freilich weitgehend verborgen geblieben, weil sich die Diskussion

über die neuen Technologien ganz auf deren gesteigerte Freisetzungspotenz konzentrierte. Der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stunden-Woche unterstreicht diese Wahrnehmung: Rationalisierung steht heute mehr denn je als Synonym für massenhafte Arbeitsplatzvernichtung. Auch in der Zukunft erwarten wir in dieser Hinsicht Problemverschärfungen, denn in vielen Industrien endet gerade erst die Inkubationszeit der Rationalisierungsentwicklung, in der das erweiterte Handlungswissen aufgebaut wurde. Erst jetzt und in den kommenden Jahren werden die neuen Möglichkeiten „ausgereizt“. Da es keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, daß die Karte der Kompensation noch sticht, die arbeitssparenden Effekte der Rationalisierung durch arbeitsschaffende ausgeglichen werden, wird dem gesellschaftlichen Skandal der Arbeitslosigkeit nur mit politischen Lösungen beizukommen sein.

Die gesteigerte Freisetzungspotenz stellt jedoch nur das *eine* neue Moment der eingeleiteten Rationalisierungsbewegungen dar. Im Bruch mit der bisher üblichen Arbeitspolitik liegt die *zweite*, vielfach noch übersehene Veränderung. Es klingt paradox: Gerade zu jenem historischen Zeitpunkt, zu dem die

Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem 22. Deutschen Soziologentag am 11. Oktober 1984 in Dortmund. Die darin vorgestellte Untersuchung wurde kürzlich unter dem Titel H. Kern/M. Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München 1984, veröffentlicht.

Angewandte Methoden und vorliegendes Untersuchungsmaterial

	Automobil-industrie	Werkzeug-maschinenbau	Chemische Industrie	Sonstiges**)
Informationsgespräche Problemerkörterungen/ Management/betriebliche Experten/Betriebsratsmitglieder	54	18	51	29***)
Nicht-standardisierte, explorative Interviews mit Arbeitern	89	49	73	18
Arbeitsplatzanalysen	2	3	7	6
Betriebsbegehungen	16	7	9	6
Reichweite der Erhebung	11 Werke alle Konzerne*)	6 Werke	4 Werke	5 Werke

*) ohne Porsche

**) ohne Besuch von Fachtagungen/Messen

***) und Expertengesprächen in Verbänden/Verwaltungen

technischen Möglichkeiten zur Substitution menschlicher Funktionen geradezu explodieren, steigt gleichzeitig das Bewußtsein für die qualitative Bedeutung menschlicher Arbeitsleistung, steigt die Wertschätzung der besonderen Qualitäten lebendiger Arbeit. Denn das Credo der neuen Produktionskonzepte lautet:

a) Autonomisierung des Produktionsprozesses gegenüber lebendiger Arbeit durch Technisierung ist kein Wert an sich. Die weitestgehende Komprimierung lebendiger Arbeit bringt nicht per se das wirtschaftliche Optimum.

b) Der restringierende Zugriff auf Arbeitskraft verschenkt wichtige Produktivitätspotentiale. Im ganzheitlicheren Aufgabenzuschnitt liegen keine Gefahren, sondern Chancen. Qualifikation und fachliche Souveränität auch der Arbeiter sind Produktivkräfte, die es verstärkt zu nutzen gilt.

Dies ist der Generalnenner, auf den, soweit wir heute sehen können, die Bemühungen um ein neues Produktionskonzept gebracht werden können. Dabei muß man sich allerdings den Wandel von Produktionskonzepten als einen langfristigen Vorgang vorstellen, der gerade erst in Gang gekommen ist und durch starke Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnet wird; was wir sagen, steht daher unter dem Vorbehalt, daß die endgültigen Resultate noch nicht auf der Hand liegen. Überdies bestehen in inhaltlicher Hinsicht entsprechend den markt- und produktionsökonomischen Bedingungen, den Branchentraditionen, den

Unternehmensphilosophien usw. beträchtliche Variationen.

1. Automobilindustrie

Im Fall der *Automobilindustrie* erreicht der Prozeß der Autonomisierung der Maschinerie zur Zeit eine ganz neue Stufe. Daß man die heutigen Möglichkeiten der Steuerungs-, Sensor- und Verkettungstechnologie offensiv nutzt, um trotz des gestiegenen Flexibilitätsbedarfs den Automationsgrad der Fertigung dort zu halten, wo er seit langem hoch ist (mechanische Fertigungen, Preßwerke), und dort zu steigern, wo er wegen mangelnder Standardisierbarkeit lange gering bleiben mußte (Rohbaubetriebe, Montagen), steht überhaupt nicht zur Debatte. Die hitzigen Diskussionen um Probleme wie das der Reichweite der Montageautomation oder des Grades übergreifender Verkettungen bewegen sich unterhalb der Grundsatzfrage „Autonomisierung der Maschinerie — ja oder nein?“. Die Ansätze des neuen Produktionskonzeptes konzentrieren sich in der Automobilindustrie auf die Modi der Aufgabendefinition und des Personaleinsatzes — ein Gestaltungsbereich, der um so mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht, je klarer wird, daß trotz aller technischen Innovationen die „unmanned factory“ auf Jahre hinaus eine Illusion bleiben wird. In den durchautomatisierten Fertigungen (und dazu zählen die mechanischen Fertigungen und Preßwerke und nach dem jüngsten Technisierungsschub vielfach nun auch die Rohbaubetriebe) verfolgen die Unternehmen zwar im-

mer noch das Prinzip der Abspaltung und Verselbständigung von Extremfunktionen (nach unten: „Teile-einlegen“, nach oben: Instandhaltungsspezialisten und Qualitätsfachleute), doch wird in dem Bereich der dazwischenliegenden Kernfunktionen nicht nur mehr hineingepackt als früher. Insbesondere erfolgen im Zentralbereich die Arbeitsplatzdefinitionen vielfach nach dem Prinzip der Aufgabenintegration. Der tendentiell integrierte Funktionskomplex reicht dabei von der Korrektur der Steuerungsprogramme über die Inbetriebnahme der Anlagen, die Sicherung der Versorgung (wie gesagt: außer „Teile-einlegen“) und die Überwachung des Prozesses (wie gesagt: außer bestimmten Qualitätsprüfungen) bis zu den Routine-Wartungs- und Reparaturaufgaben und gibt der Produktionsarbeit eindeutig einen fachlichen Zuschnitt. In den (noch?) arbeitsintensiven Teilen der Fertigung (Montagen) sind die Triebkräfte für Veränderungen bisher schwächer, doch ist auch hier die Arbeitsteilung zwischen Produktionsarbeit und Inspektionsarbeit in Fluß gekommen. Der Paradigmenwechsel in der Arbeitsgestaltung, in den Rohbaubetrieben im Zusammenhang mit dem massiven Einsatz der flexiblen Automation am deutlichsten schon vollzogen und in den mechanischen Fertigungen und Preßwerken bereits ernsthaft erprobt, färbt sichtbar nun auch auf die arbeitsintensiven Abteilungen ab.

2. Werkzeugmaschinenbau

Anders als in der Automobilindustrie wird im *Werkzeugmaschinenbau* das neue Produktionskonzept extrem kontrovers gehandelt. Hier umschließt es auch nicht nur den „Aufgabenzuschnitt“ und „Arbeitseinsatz“, sondern darüber hinaus die Produktionstechnik und das angestrebte Autonomisierungsniveau. Strittig sind nicht die Bemühungen, durch die Nutzung der Technologieentwicklungen der vergangenen Jahre auch in der spanabhebenden Fertigung in Kleinserie einen Mechanisierungssprung auf das Niveau teilautomatisierter Einzelaggregate zu etablieren und damit alle unmittelbar produktionsbezogenen Aufgaben zu technisieren (d. h. auf der Basis der CNC-Werkzeugmaschinen insbesondere die Mechanisierung der Peripheriefunktionen Werkstück- und Werkzeugversorgung); die Positionen scheiden sich aber in der Frage, ob es sinnvoll ist, die Vollautomation mit extensiven Maschinenverkettungen, umfassender Prozeßüberwachung und Selbststeuerung zu realisieren bzw. lieber auf ein Ausreizen der Möglichkeiten zu verzichten, weil die völlige Unabhängigkeit von der menschlichen Intervention ohnehin noch nicht zu erreichen ist. Die Vertreter des neuen Produktionskonzepts

scheuen vor den Gefahren ineffizienter Übertechnisierung zurück: Sie betonen einerseits die nach wie vor bestehenden Grenzen der mathematischen Prozeßmodellierung insbesondere der Technologie-Abläufe, die auch weiterhin ohne einen Schuß Empirie nicht optimal festgelegt werden können; sie verweisen andererseits darauf, daß mit der automatischen Prozeßüberwachung — soweit sie steuerungs- und meßtechnisch heute überhaupt schon gelöst ist — der Aufwand für eine umfassende Absicherung und Selbststeuerung gigantisch ansteigt, weil ja dem Gesamtprozeß damit wiederum neue Fehlerquellen und erhöhte Sensibilisierungen beigefügt würden. Gleichzeitig sehen die Neuerer aber auch die Chance, den nicht ersetzbaren Maschinenfacharbeiter, von der Notwendigkeit permanenter Eingriffe entbunden, mit seiner Produktionsintelligenz durch eine Verbreiterung seiner Arbeitsplatzdefinition umfassender zu nutzen. Durch gezielte eigenständige Technikentwicklungen wird diesem Arbeitseinsatzkonzept der Boden bereitet. Zu nennen ist hier vor allem: die *Programmierung* und ihre steuerungstechnische Integration in die Werkzeugmaschine (die maschinelle Programmierung wird verbessert und voll für den Maschinenarbeitsplatz nutzbar gemacht; die Programmierarbeiten werden durch technische Hilfen und Erleichterungen zur reinen Zusatzqualifikation deprofessionalisiert; paralleles Programmieren bei laufenden Bearbeitungsprozessen wird ermöglicht); die *Werkzeugvoreinrichtung* (spezielle Maß- und Einstelltechniken zur Werkzeugvoreinstellung an der Werkzeugmaschine selbst); das *Rüsten* (insbesondere flexible Vorrichtungstechniken). Damit sind die technischen Voraussetzungen in Angriff genommen, um alle produktionsbezogenen Funktionen — soweit sie noch der menschlichen Intervention bedürfen —, also von der Programmierung über die Werkzeug- und Werkstückversorgung, die Einrichtung, Bedienung und Überwachung bis hin zur vorbeugenden Wartung und ersten Instandhaltung, integriert als Arbeitsplatz eines Maschinenführers fassen zu können.

3. Chemische Industrie

In der *chemischen Industrie* ist die Objektivation menschlicher Funktionen in technischen Systemen schon seit der Durchsetzung teilautomatisierter Großanlagen extrem weit vorangeschritten; freilich blieb die Prozeßautomatisierung (weitgehend bedient man sich bisher noch der klassischen pneumatischen Regeltechnik) hinter früheren Erwartungen zurück. Doch zeichnet sich nun die Möglichkeit einer neuen Phase digitaler Prozeßregelung ab (Einsatz von Mikroprozeß-

rechnern für dezentralisierte Automatisierungssysteme mit hoher Leistungsfähigkeit), bei der eine Reihe von Schranken entfallen, die der Vollautomation bisher entgegengestanden hatten.

Was die tatsächliche Nutzung dieser Chance zur erweiterten Prozeßautomatisierung angeht, kann man bei Management und Experten geradezu von einer Pro- und einer Kontrafraktion sprechen. Die Förderer setzen auf die digitale Systemtechnik, weil sie sich davon eine geringere Abhängigkeit von menschlichen Unzulänglichkeiten und Fehlern, damit eine präzisere Fahrweise und bessere Optimierung der hochkomplexen Anlagen versprechen; hier bestimmt weniger das Mißtrauen gegenüber dem Arbeiter in der Zielperspektive besserer Herrschaftsabsicherung und mehr die generelle Skepsis gegenüber menschlichem Versagen die Kalküle. Die Skeptiker bezweifeln den Sinn und Zweck solcher Erwägungen unter anderem mit dem Argument, daß die bestehenden Mannschaften durchaus über die Fähigkeit optimaler Prozeßführung verfügen und weitere Personaleinsparungen nicht mehr möglich sind.

Einig ist man sich in der Großchemie aber im Hinblick auf die arbeitsorganisatorische Funktionsgestaltung. Die Abkehr vom althergebrachten Prinzip strenger Arbeitsteilung ist bereits vollzogen worden; in wachsendem Umfang hat man arbeitsorganisatorische Regelungen eingeführt, die dem Modell „Personalminimierung durch Funktionsverschmelzung und Qualifizierung“ entsprechen. Beim Produktionspersonal zeigte sich dieser neue Stil vor allem daran, daß die nach dem Schließen der Mechanisierungslücken verbliebenen Funktionen der Prozeßkontrolle und Regulierung im Arbeitsplatz des Anlagenfahrers, der nun alle Vor-Ort-Arbeit in den Anlagen und die Tätigkeiten in der Meßwarte ausführt, gebündelt wurden. Es war nicht zuletzt auch der Gedanke, sich von der Qualifikationsseite her die Option für ein solches Modell der Organisation von Produktionsarbeit zu sichern, der in die Entscheidung hineinspielt, die Ausbildungskapazitäten für Chemiefacharbeiter radikal hochzufahren.

Im Instandhaltungsbereich gibt es ebenfalls Indizien für arbeitsorganisatorische Lösungen, die in dieselbe Richtung weisen. Als neue Zielgröße der Instandhaltungsorganisation ist mehr Elastizität durch Abbau beruflicher Demarkationen in die Diskussion gebracht worden (etwa durch Lockerung der Grenzziehung zwischen Produktions- und Instandhaltungsarbeit, aber auch durch Integration im Instandhaltungsbereich, z. B. durch Zusammenfügen von elektrotechnischer und

meß- und regeltechnischer Instandhaltung in einer Prozeßleittechnik).

Wie immer die Entscheidungen im Hinblick auf die Anwendung der digitalen Systemtechnik ausfallen werden: In der Frage integrierter Aufgabendefinitionen wird das Rad nicht wieder zurückgedreht. Beim stärkeren Vordringen der digitalen Systemtechnik dürften sogar die neuen Lösungen in der Instandhaltung einen gewissen Push bekommen, während im Produktionsbereich nach einer Zwischenphase zeitweilig verstärkter Arbeitsteilung (Chemiefacharbeiter in der Meßwarte versus angelernte Chemiarbeiter vor Ort) der Chemiefacharbeiter zur Norm und die Integration zwischen Außen- und Innenarbeit zur Regel werden dürfte.

Daß sich gerade in der Automobilindustrie, im Werkzeugmaschinenbau und in der großchemischen Industrie die neuen Produktionskonzepte durchzusetzen beginnen, sehen wir nicht zuletzt im ökonomischen Fundament und in den Zukunftsperspektiven dieser Industriezweige begründet. In unterschiedlichem Ausmaß hat die „Krise der Wachstumsökonomie“ zwar auch an diesen Industrien genagt, doch bestand und besteht genug Substanz für eine nach vorne gerichtete Strategie, wie sie in den neuen Produktionskonzepten zum Ausdruck kommt. Ökonomische Potenz bildet ohne Zweifel *eine* notwendige Voraussetzung für einen weittragenden Sprung in Richtung Modernisierung der Produktionsapparate und damit zusammenhängender Produktinnovationen. Deswegen scheint es uns angebracht, in den industriellen Kernsektoren *insgesamt*, also im Zentralbereich der Industrieproduktion, soweit er nach wie vor auf halbwegs soliden Beinen steht, das Experimentier- und Diffusionsfeld der neuen Produktionskonzepte zu sehen. Das bedeutet umgekehrt: Unsere These von den neuen Produktionskonzepten ist keine Aussage über *den* industriellen Sektor. Sie gilt nur für das funktionierende Zentrum der Industrieproduktion.

Daß in diesen Industrien neue Produktionskonzepte eine Bewährungschance bekommen, hat u. E. mit einer umfassenden Umgruppierung und Neubewertung der Verwertungsbedingungen zu tun und läßt sich nicht etwa nur technologisch begründen. Das Umdenken in Richtung neuer arbeitspolitischer Konzepte erhält aber um so mehr Anstöße, je mehr neue Technologien Anwendung finden. Das hängt besonders damit zusammen, daß (von stark rückläufigen Bedienungspositionen abgesehen) an automatisierten Großanlagen oft kein Platz mehr ist für ganz und gar unqualifiziertes Personal. Auch in der Fertigung, in welchem Ausmaß immer, wird der geschickte, diagnosefähige, verhaltenssouveräne Arbeiter gebraucht.

II. Breitere Qualifikationsnachfrage

Die arbeitssoziologische Bedeutung einer Produktionsgestaltung nach dem Muster der neuen Konzepte liegt darin, daß diese nur unter der Voraussetzung einer Wiedereinführung und Verankerung von Produktionsintelligenz praktiziert werden können. Kapitalverwertung selbst erfordert den Umbruch in der Nutzung von Arbeitskraft. Je mehr die Produktkonzeption auf die Erzeugung hochkomplexer, sich schnell wandelnder Qualitätsartikel hinausläuft und die Produktionskonzepte auf den breitflächigen Einsatz der neuen Technologien abzielen, desto mehr bietet sich als optimales Arbeitseinsatzkonzept der ganzheitlichere Aufgabenzuschnitt und die breitere Verwendung von Qualifikationen an. In der Frage, wo im Betrieb die produktionsnotwendige Intelligenz verankert werden soll: allein in werkstatt-externen Planungs- und Dispositionsagenturen, denen eine rein ausführende Fertigung ohne jede Kompetenz und Qualifikation gegenübersteht (das wäre die Fortschreibung alter Linien), oder aber auch in der Produktion selbst, deren Know how und Erfahrung nicht als ärgerliches Residuum, sondern als unverzichtbarer Bestandteil der Produktivkraftentwicklung anerkannt

wäre (das sind die neuen Produktionskonzepte), gewinnt die zweite Position allmählich die Oberhand. Höhere Produktivität ist unter den gegenwärtigen Umständen ohne pfleglichen, „aufgeklärteren“ Umgang mit der lebendigen Arbeit nicht zu bekommen — das ist eine Erfahrung, die auch die Unternehmen machen müssen.

Je nach konkreter Ausprägung der neuen Produktionskonzepte weisen die Arbeitsveränderungen, die wir hier im Auge haben, unterschiedliche Konturen auf. Bezieht man sich wiederum auf die drei Bereiche, in denen wir hauptsächlich empirisch gearbeitet haben, so sind in bezug auf die vorherrschenden Arbeits- bzw. Berufstypen und deren Qualifikationsprofile die in der Übersicht 2 zusammengefaßten Differenzierungen angebracht.

Diese Entwicklungen stellen für die Zukunft der Industriearbeit sicher keine Marginalien dar; es geht um den Erhalt bzw. die Reetablierung von Facharbeit. Unter dem Einfluß der neuen Produktionskonzepte könnte die Entwicklung in einem wichtigen Teil der industriellen Produktion auf das Ende der Arbeitsteilung hinauslaufen.

Übersicht 2:

Die neuen Produktionskonzepte — Arbeitsveränderungen

	Arbeits-/Berufstyp	Qualifikationsinhalt
Automobilindustrie	Produktionsfacharbeiter neuen Typs; orientiert am Berufsbild eines „Fertigungsmechanikers“	Ausbaufähige Grundkenntnisse über technisch-physikalische Funktionsprobleme moderner Produktionsanlagen mit maschinentechnischer Akzentuierung
Werkzeugmaschinenbau	Weiterentwicklung des Zerspanungs-Handwerkers zum „Systembetreuer“	Ergänzung der Zerspanungskenntnisse und der handwerklichen Fähigkeiten um Gesamtübersicht und Eingriffskompetenz in CNC-gesteuerte Maschinensysteme
Chemische Industrie	Chemie-Facharbeiter als Produktionsarbeiter	Ausbaufähige Grundkenntnisse über die chemisch-physikalischen Abläufe bei Stoffumwandlung mit produktionstechnischen Bezügen
Gemeinsamer Nenner	Produktionsfacharbeiter	Erweiterte technisch/physikalische/chemische Grundkenntnisse und Eingriffskompetenzen

III. Traditionalisten versus Modernisten

Der augenfällige Sachverhalt, daß um die Konkreta der betrieblichen Produktionskonzepte im Management Linienauseinandersetzungen geführt werden, stellt keine Marginalie dar, die wir vernachlässigen könnten. Es ist ein Desiderat der Industriosozologie, daß sie nicht auch über eine entfaltete Managementsoziologie verfügt. Diese Lücke behindert uns in einer Periode grundlegenden Wandels, in der veränderte Verwertungsbedingungen und Interpretationen die Suche nach geeigneten Produktionskonzepten stimulieren, in besonderem Maße. Solche Übergangszeiten sind dadurch gekennzeichnet, daß den allgemeinen Kapitalinteressen kein blockartiges, stromlinienförmiges Kapitalverhalten korrespondiert, sondern die Verwertungsprämisse nach neuen Einlösungen sucht. Unterschiedliche positionelle, funktionelle und professionelle Interessenlagen bekommen in diesem Prozeß der Suche, Erprobung und Verallgemeinerung gleichermaßen Bedeutung wie generationsspezifische Erfahrungsunterschiede und differierende „Philosophien“. Die Beachtung dieser Einflüsse ist nicht nur eine Frage einer differenzierten, treffsicheren Analyse. Man muß die Dynamik

solcher Übergangsprozesse in den Griff bekommen, will man Weichen stellen und Verbündete ausmachen, über die Gestaltungsüberlegungen aus anderer Interessensicht in die betrieblichen Definitionsvorgänge wirkungsvoll eingebracht werden können. Um es an unserem Untersuchungsfeld zu konkretisieren: Die Unterscheidung zwischen den Traditionalisten im Sinne der Bewahrer fordristischer Strukturen und den Modernisten der Automobilindustrie, zwischen den Verfechtern eines technokratisch-bornierten und eines empirisch-unideologischen Produktionskonzepts im Werkzeugmaschinenbau, zwischen den Promotern und Skeptikern gegenüber radikaler Digitalisierung in der chemischen Industrie ist auch von praktisch-politischer Relevanz. Sie macht Frontstellungen in einer noch halbwegs offenen Situation deutlich, die zu nutzen unter Gesichtspunkten des Arbeitnehmerinteresses von Belang ist. Statt Interventionen gegenüber Rationalisierung durch eine hermetische Sichtweise abzublocken, werden Kräftekonstellationen sichtbar, an die im bargaining um Rationalisierung angeknüpft werden kann.

IV. Forderungen der Belegschaften

Auch wenn wir hier nur von Belegschaften sprechen, deren Betriebe noch Perspektiven haben und wo nicht die Angst ums schlichte ökonomische Überleben alles erdrückt, so ist angesichts von Arbeitslosigkeit und fehlenden Wachstums natürlich auch ihnen die Bedrohungsqualität des technisch-organisatorischen Wandels präsent. Gerade wegen der allgemeinen ökonomischen Lage spüren sie aber doppelt stark ihr Angewiesensein auf den eigenen Betrieb. Je funktionstüchtiger und konkurrenzfähiger er ist, um so mehr wird er für sie zur Rettungsinsel. Wie immer ihre Haltung gegenüber Rationalisierung konkret aussieht: Durchweg treffen wir heute auf einen *modus vivendi*, der es den Arbeitern erlaubt, ihre an sich gewachsene Grundskepsis gegenüber Automatisierung mit der Hinnahme, teils sogar Förderung betrieblicher Innovation zu vereinbaren. Denn mit den neuen Produktionskonzepten werden vielen Arbeitern in den industriellen Kernbereichen Offerten gemacht; die höhere Attraktivität der verbleibenden Arbeit bietet bessere Chancen für ein Arrangement mit Rationalisierung. Zugleich liegt in der größeren Wertschätzung der lebendigen Arbeit durch die Betriebe für die Beschäftigten eine Möglichkeit, den Druck auf die Arbeitskonditionen

einschließlich der Arbeitsplatzsicherheit abzufangen. Weil der Unternehmer *mit* den Arbeitern modernisieren will, muß er auch etwas bieten. Deswegen können die Belegschaften und ihre Vertretungen auch einen Preis fürs Mitspielen im betrieblichen Prozeß der Modernisierung fordern.

Bezogen auf die *allgemeine Betriebspolitik* heißen die verbreitesten Forderungen:

- Entlassungsschutz bzw. akzeptable Übergangsregelungen; bei unabweislichem Personalabbau gesicherte und finanziell tragbare Frühverrentung; „Arbeitszeitverkürzung“ als Antwort auf Arbeitsplatzvernichtung;
- Besitzstandssicherung bei innerbetrieblichen Umsetzungen;
- Beteiligung am Rationalisierungsgewinn als Ausgleich für übernommene Risiken und Lasten und als Anspruch an Produktivitätssteigerungen.

Hinsichtlich der *Ausgestaltung der Modernisierung* stießen wir auf folgende Erwägungen:

- Anspruchsvolle Arbeitsplatzdefinitionen für möglichst viele Arbeiter; d. h. keine Bündelung der Qualifikationseffekte für kleine Spezialistentruppen, wie es oft Betriebspraxis

ist; mutiges Ausschöpfen der erweiterten Gesamtmasse qualifizierterer Funktionen.

— Ausrichtung der Bildungsinhalte an einem umfassenden Qualifikationsbegriff; d. h. keine Beschränkung auf prozeßspezifische Fähigkeiten, worauf sich viele Betriebe zunächst zu beschränken suchen. Orientierung an souveräner Berufsarbeit; vielfältige berufliche wie private Anwendbarkeit der Kenntnisse und Fähigkeiten.

— Verpflichtung auf den Leistungskompromiß; d. h. keine einseitige Festlegung der Leistungsanforderungen, wie dies in der heutigen betrieblichen Praxis oft geschieht und zu gravierender Arbeitsintensivierung gerade an den neuen Arbeitsplätzen führt.

Auf Vorstellungen von einer „alternativen“ Rationalisierung, die für die technisch-organi-

satorische Gestaltung der Produktion die Verwertungsprämisse nicht mehr gelten lassen will, sind wir bei den Arbeitern und Betriebsräten in den untersuchten Betrieben als relevanten Politikansatz nicht gestoßen. Ihr Kampf geht um die angemessene Beteiligung an betrieblicher Rationalisierung, wie sie heute stattfindet, und die systematische Einbeziehung von Beschäftigteninteressen in die betrieblichen Modernisierungsstrategien.

Ihre Forderungen setzen also dort an, wo die positiven Wirkungen des neuen Produktionskonzepts für die Beschäftigten durch deren einzelwirtschaftliche Einbindung begrenzt bleiben. Ein politisches Programm, welches Modernisierung über ihre betriebliche Borniertheit hinaustreiben will, könnte an diesen Belegschaftsforderungen anknüpfen.

V. Wandel des Sozialgefüges

Die neuen Produktionskonzepte markieren in unserem Verständnis den wahrscheinlichen Entwicklungspfad allein der industriellen Kernsektoren. Sie sind ein wichtiger Bestandteil von deren Versuch, den Kopf aus der Schlinge der Krise zu ziehen und im nationalen wie internationalen Wettbewerb den Boden unter den Füßen zu halten oder wiederzubekommen. Am anderen Pol stehen die krisenbestimmten Branchen, die heute kaum noch eine Perspektive haben und in denen es ums nackte ökonomische Überleben geht: vor allem also die Werften, die Stahlindustrie, der Bergbau. In diesen industriellen Krisensektoren ist wenig Platz für die Idee neuer Produktionskonzepte: Ihr Überlebenskampf steht unter dem Zeichen der Abwicklung von Kapazitätsabbau und Stilllegungen.

Innerhalb der Arbeiterschaft spiegeln sich diese ökonomischen Strukturen in einer Verfestigung interner Grenzlinien wider. Für die innere Dynamik des sich herausbildenden Sozialgefüges scheinen uns vier Konstellationen und Gruppen von besonderer Bedeutung:

Erste Gruppe: Die personellen Träger der neuen Produktionskonzepte sind moderne Produktionsfacharbeiter, Instandhaltungsspezialisten, außerdem das ganze Umfeld derer, die allmählich in solche Positionen einrücken könnten. Sie sind die *Rationalisierungsgewinner*. Im Rationalisierungsprozeß ist ihr Verhalten das der Mitspieler, der Protagonisten der betrieblichen Umgestaltung; sie haben einen hohen betrieblichen Status und können für sich Gratifikationen reklamieren. Aus der avisierten Entwicklung dürften sie sogar mit Machtzugewinn herauskommen.

Zweite Gruppe: Dazu zählen die Arbeiter auf den traditionellen Arbeitsplätzen in den

Kernsektoren, die aber wegen persönlicher Merkmale — fortgeschrittenes Alter, keine polyvalenten Qualifikationen — für einen Arbeitseinsatz nach dem neuen Produktionskonzept den Betrieben nicht attraktiv erscheinen. Ihr Verhalten im Rationalisierungsprozeß dürfte das der *Rationalisierungsdulder* sein. Sie sind zwar überwiegend durch Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung vor dem Schlimmsten geschützt, doch ist ihre Interessenwahrnehmung gehemmt, weil für sie allemal die Gefahr besteht, ausgefiltert zu werden. Die Kämpfe bei Talbot 1983 zeigen die Brisanz, die entsteht, wenn die Beschäftigteninteressen dieser Gruppe betrieblich nicht mehr eingelöst werden und sie dadurch ganz auf die Verliererstraße geraten.

Dritte Gruppe: Hierzu zählen die Arbeiter in den krisenbestimmten Branchen; sie sind schon *Verlierer*. Bei kollektiver Betroffenheit, d. h. bei Betriebsstillegungen, ist hier ein sehr hohes Aktivitätspotential gegeben. Die Betriebsbesetzungen in der Werftindustrie 1983 deuten dies an. Das Verhalten dieser Gruppen im Rationalisierungsprozeß ist zumeist nicht gegen betriebliche Rationalisierung gerichtet, sondern gegen „falsche“ Betriebskonzepte bzw. gegen den gänzlichen Verzicht auf Rationalisierungsbemühungen, die das Überleben des Betriebes vielleicht sichern könnten.

Vierte Gruppe: Hierzu gehören die Risikoträger am Arbeitsmarkt und vor allem die Dauerarbeitslosen. Sie werden noch stärker ins Ghetto der Dauerarbeitslosigkeit verbannt, weil mit den neuen Produktionskonzepten die Außenabschottung der Betriebe ebenso wächst wie die spezifischen Qualifika-

tionsnachfragen. Ein konkreter Bezug auf betriebliche Rationalisierungskonzepte fällt bei dieser Gruppe zwangsläufig weg.

Das Ende der Arbeitsteilung im Inneren der Zentren der Industrieproduktion fällt also zusammen mit einer tendenziellen Verschärfung der Abgrenzung nach außen. Deshalb

sprechen wir auch von der Segmentierung als einer neuen Variante der Polarisierung. Seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren waren die Lageunterschiede innerhalb der Arbeiterschaft noch nie so groß wie jetzt; noch nie sind die mit industrieller Arbeit verknüpften Risiken und Chancen unter den Arbeitern so unterschiedlich verteilt gewesen wie heute.

VI. Modernisierung — ein Weg zu gesellschaftlichem Fortschritt?

Es ist dieses Novum, das uns dazu veranlaßt, im Hinblick auf die gegenwärtige Phase der gesellschaftlichen Entwicklung den Begriff der *Neoindustrialisierung* einzuführen — Neo- in Abgrenzung zu Reindustrialisierung, einem durch einen korporativistischen Politikansatz zur Förderung des vernachlässigten Investitionsgütersektors in den USA plötzlich hochgespielten Terminus. Reindustrialisierung redet der Wiederentdeckung der industriellen Kernsektoren das Wort und fordert ausschließlich Erneuerung der Infrastruktur auf der Basis der neuen Technologien. Neoindustrialisierung soll mehr ausdrücken: Eine an die Substanz gehende Neufassung des Begriffs kapitalistischer Rationalisierung. Der Prozeß, den wir damit benennen wollen, meint nicht Restitution von Bekanntem, sondern Eindringen in Neuland — neue Produktionskonzepte auch und gerade durch einen anderen Umgang mit der lebendigen Arbeit. Neoindustrialisierung verstehen wir entsprechend nicht als technologisches Phänomen, sondern als einen komplexen Umbruch der Industriestruktur, für den uns der arbeitspolitische Paradigmenwechsel in den Betrieben konstitutiv zu sein scheint.

Obgleich wir die Eingebundenheit der neuen Produktionskonzepte in die industriellen Kernsektoren sehen müssen, markiert ihre Entstehung und Verallgemeinerung einen Vorgang von übersektoraler, man kann ruhig sagen: gesellschaftlicher Bedeutung. Im Gravitationsfeld jener Prozesse, die hier in Rede stehen, werden die Reproduktionsmöglichkeiten und Lebenschancen innerhalb der Gesellschaft umverteilt. In dem Maße, in dem auf

der Grundlage der neuen Produktionskonzepte die Modernisierung der industriellen Kernsektoren gelingt, werden diese Bereiche zu ökonomischen Machtzentren, aus denen für jeden etwas abfällt, der zu ihnen Zugang hat und behält. Auch wenn hinter den krisenhaften Zuspitzungen in den Grenzsektoren industrieller Produktion und im Arbeitslosen-Segment des Arbeitsmarktes ein ganzes Bündel von Gründen steckt: Am Elend dieser Bereiche ist die Modernisierung der industriellen Kernsektoren als eine Ursache durchaus mitbeteiligt. Teils sind es die Abwälzungsstrategien, mit denen die mächtigen Kernsektoren einen Teil der „Kosten“ ihrer Modernisierungserfolge „sozialisieren“; teils sind es aber auch Abschottungspraktiken, mit denen sich die Branchen des Kernbereichs einer solidarischen Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben entziehen. Das Vorhandensein solcher Mechanismen bedeutet allemal, daß die Kernsektoren in einem gewissen Maße zu Lasten anderer Bereiche gedeihen.

In diesen disparitären Lebensverhältnissen sind große Probleme der gesellschaftlichen Integration begründet. Wenn die von uns beobachteten Segmentierungstendenzen weiter verstärkt und verfestigt werden, dann wird Neoindustrialisierung in die sogenannte Zwei-Drittel-Gesellschaft einmünden. Gelänge es aber, durch eine am Begriff gesamtgesellschaftlicher Rationalität orientierte Politik der Modernisierung die disparitären, betrieblich bornierten Momente auszugleichen, dann könnte Neoindustrialisierung langfristig zu gesellschaftlichem Fortschritt führen.

Ursula Feist/Dieter Fröhlich/Hubert Krieger: Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen. Zwischen Protest und Resignation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/84, S. 3—17

Ökonomische Krisen und politische Radikalisierung sind eine historische deutsche Erfahrung; dafür steht das Trauma eines Hitler-Deutschlands, aber auch das Intermezzo der NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Anfang der achtziger Jahre ist die Arbeitslosenzahl so hoch wie nie zuvor im Nachkriegsdeutschland; Prognosen sprechen von einer noch wachsenden Zahl. Wie verarbeitet das politische System die Dauerarbeitslosigkeit? Wie reagieren die Betroffenen?

Auf der Grundlage von Repräsentativerhebungen aus den Jahren 1980 bis 1984 setzt sich der Beitrag mit systemimmanenter und systemkritischer Verarbeitung der ökonomischen Krisenerfahrung auseinander. Im Hinblick auf aktive Reaktionsformen innerhalb des vorgegebenen Systems werden die „Anti-Regierungshaltung“ sowie die „Klientelbeziehung“ als mögliche politische Verhaltensvarianten behandelt. Als systemnegierend im Sinne einer Protesthaltung wird die Neigung, sich von den etablierten Parteien abzuwenden, klassifiziert. In diesem Zusammenhang werden das Potential der GRÜNEN und ihre Attraktivität für Arbeitslose wie auch das latente Potential an den Rändern des Parteienspektrums untersucht. Die Analyse kommt zu dem Schluß, daß die Klientelbeziehung zwischen SPD und Arbeitslosen, am Ende der sozialliberalen Regierungsära zwar belastet, heute wieder einen Großteil der Arbeitslosen in das politische System einbindet. Arbeitslose im CDU/CSU-Lager dagegen reagieren mit spürbarem Loyalitätsentzug. Als Auffangbecken für das Protestpotential bieten sich DIE GRÜNEN in ihrer ambivalenten Rolle zwischen sozialer Bewegung und systemkritischer Parlamentspartei an. Ihren Einzug in den Bundestag 1983 verdanken sie bereits der „kritischen Masse“ unter den Arbeitslosen.

Seither ist das latente Protestpotential unter den Arbeitslosen gewachsen. Es ist auf der politischen Linken doppelt so groß wie auf der Rechten, weil hier offenbar ein entsprechendes ideologisches und organisatorisches Politikangebot fehlt. Aber Bonn ist nicht Weimar: Das Gesamtsystem blieb gegen politische Radikalisierung bislang immun. Die glatte Oberfläche relativer politischer Stabilität in der Bundesrepublik trotz der langanhaltenden Krise zeigt indessen erste Risse.

Ulrich Brasche: Strukturwandel am Arbeitsmarkt. Analyse und Vorausschau

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/84, S. 18—30

Verlangsamtes Wirtschaftswachstum und verschärfte Arbeitsmarktprobleme haben die Aufmerksamkeit auf Strukturprobleme am Arbeitsmarkt gelenkt. Arbeitskräfteangebot und -nachfrage auf den einzelnen berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten haben sich im vergangenen Jahrzehnt sehr unterschiedlich entwickelt. Der Strukturwandel mit seiner Verschiebung der Beschäftigungsschwerpunkte zu den Dienstleistungsberufen hat dabei die Zahl der „Frauenarbeitsplätze“ per Saldo weniger stark verringert als die der Männer. Zur Einschätzung der Beschäftigungsaussichten in einzelnen Berufen werden die Arbeitsmarktpositionen ermittelt. Rund 40 v.H. aller Erwerbstätigen waren 1982 in Berufen mit günstiger Arbeitsmarktposition tätig; dies waren überwiegend Dienstleistungsberufe. Fast die Hälfte aller Erwerbstätigen arbeitete allerdings in Berufen mit kritischer oder gar ungünstiger Arbeitsmarktposition. Hier zeigen sich auch häufig verschlechterte Erwerbschancen für ausgebildete Jugendliche, die bei hohem Überangebot an Arbeitskräften vor einer „geschlossenen Gesellschaft“ stehen. Diese Vergangenheits-trends können nicht in die Zukunft verlängert werden. Es besteht ein Mißverhältnis zwischen dem Bedarf an Zukunftsaussagen über einzelne Berufe und der Möglichkeit, solche Prognosen mit vertretbarer Zuverlässigkeit auszustatten. Dennoch können Teilaspekte, die sich auf die künftigen Beschäftigungsaussichten auswirken, erfaßt werden. Dazu werden unter vereinfachenden Annahmen das künftige Neuangebot sowie die altersbedingten Abgänge aus dem Erwerbsleben differenziert nach Berufen berechnet. Die Gegenüberstellung der beiden Größen in einem Saldo ist nicht als Prognose von Überschuß oder Mangel zu interpretieren; vielmehr zeigt der Saldo an, in welchen Berufen und in welcher Größenordnung sich ein Bedarf zur Anpassung von Angebot und Nachfrage ergibt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß vor dem Hintergrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit sich gerade bei denjenigen Berufen die Ungleichgewichte zu verschärfen drohen, für die verstärkt ausgebildet wurde. Es ist zu befürchten, daß bei künftigen Verteilungskämpfen um knappe Erwerbschancen die Schwächeren abgedrängt werden. Die Teilung der Erwerbsgesellschaft in einen „vollbeschäftigten“ Bereich und einen „Randbereich“ mit kurzfristiger, meist unterwertiger Beschäftigung sowie kumulativen Arbeitsmarktrisiken mit geringem Lebensstandard wird sich dann verfestigen.

Horst Kern/Michael Schumann: Industriearbeit im Umbruch. Versuch einer Voraussage

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/84, S. 31—38

Aus einer neuen industriesoziologischen Studie über die Rationalisierungsentwicklungen in den industriellen Kernsektoren werden die zentralen Befunde vorgestellt. Neben der noch gesteigerten Freisetzungspotenz zeigt sich ein zweites neues Moment der Rationalisierungsbewegung: eine grundlegende arbeitspolitische Neuorientierung bei der Nutzung der verbleibenden Arbeitskräfte. In den Unternehmen setzt sich die Einsicht durch, daß die traditionelle, tayloristisch-restriktive Arbeitsgestaltung wichtige Produktivitätspotentiale verschenkt. Die neuen Produktionskonzepte nutzen die Erfahrung der Arbeiter und verlangen mehr Qualifikation. Gefragt ist der geschickte, diagnosefähige, verhaltenssichere Arbeiter. Mit diesem arbeitspolitischem Ansatz geht es also um den Erhalt bzw. die Reetablierung von Produktionsfacharbeit.

Allerdings ist dieser Wandel von Produktionskonzepten als ein langfristiger Vorgang zu begreifen, der gerade erst in Gang gekommen ist, von Ungleichzeitigkeiten geprägt wird und inhaltlich entsprechend den markt- und produktionsökonomischen Bedingungen, den Branchentraditionen, den Unternehmensphilosophien usw. betriebliche Variationen aufweist. Die Belegschaften sehen in den neuen Produktionskonzepten verbesserte Chancen für ein Arrangement mit betrieblicher Rationalisierung. Ihre Forderungen setzen dort an, wo die positiven Wirkungen der neuen Konzepte für die Beschäftigten durch deren einzelwirtschaftliche Einbindung begrenzt bleiben.

Insgesamt fällt dieser arbeitspolitische Wandel, der im Innern der Zentren der Industrieproduktion ein Ende der Arbeitsteilung bedeuten könnte, zusammen mit einer tendenziellen Verschärfung der Abgrenzung dieser Sektoren nach außen; Segmentierung als neue Variante der Polarisierung wird sichtbar. Insofern bleibt es fragwürdig, ob die Modernisierung gesellschaftlichem Fortschritt den Weg bereitet.